

**UNIA**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



# work

**Flugticketabgabe: Die Mehrheit profitiert – die Zahlen.** Seite 5

# Corona-Krise

**Der Virus hat die Welt im Griff: Was wir wissen, was die Schweiz jetzt tun muss.** Seiten 6–9



## AHV-13ter: Jetzt unterschreiben!

Es ist höchste Zeit für einen Ausbau unserer AHV. Seiten 2–3



## Unsichtbare Frauen

Geforscht wird meist am «Durchschnittsmenschen». Und das ist ein Mann. Seite 13

## Vorbild Schweiz

Der Frauenstreik in Luxemburg. Seite 12

# Asyl-Recht liquidiert

Jean Ziegler über die Verbrechen an den Geflüchteten in Griechenland. Seite 11

FOTOS: KEYSTONE, MARCO ZANONI / LUMAX, ISTOCK



## SGB-Chef Maillard: «Es braucht jetzt rasch ein Konjunkturprogramm!»

Der oberste Gewerkschafter im Interview. Seite 7



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## IN CORONA-ZEITEN

Kommt der Kaiser höchstpersönlich, ist der Krieg vorbei. Und gewonnen. Diese alte chinesische Weisheit kursierte jetzt in der 11-Millionen-Metropole Wuhan, als Genosse Staatspräsident Xi Jinping zu Besuch kam. Erstmals und mit Mund- und Personenschutz. Seit Januar, als dort, in der Provinz Hubei, die Corona-Epidemie ihren Anfang nahm, hatte sich der hohe Herr im «social distancing» geübt. Doch jetzt, wo die Neuansteckungen massiv zurückgehen und Wuhan sogar Massenquarantänelager schliesst, kann sich Xi Jinping zeigen.

### Wie reagieren? Militärisch oder zivil?

Und dafür feiern lassen, dass es China

offenbar gelungen ist, den Virus auch ohne Medikamente und Impfstoff unter Kontrolle zu bringen. Mit rigorosen Massnahmen. Und einer militärischen Strategie: abschotten, einsperren und durchtatschen.

**DERWEIL IN EUROPA:** Mit mehr als 10 100 Infizierten und 631 Toten (Stand 11.3.) ist Italien das mit Abstand am stärksten betroffene Gebiet. Und auch Salvini-Land reagiert auf Corona mit militärischem Notregime. Inzwischen ist der ganze Stiefel Sperrzone. Zona Rossa. Jetzt verlangen Politiker sogar Hausarrest für alle und den Stillstand des öffentlichen Verkehrs. Italien ausser Rand und Band. Und schon hallt es auch in der Schweiz: «Grenzen zu!» Nicht nur von der SVP, die die Corona-Pandemie gerne politisch missbraucht. Für kleine Fasnachtseinlagen im Bundeshaus, etwa. Jedenfalls ihr Emser Zugpferdchen. Nein, die Grenzen schliessen lassen wollen jetzt auch Tessiner Ärzte.

«VÖLLIGER BLÖDSINN!» sagt dazu der Tessiner Onkologe Franco Cavalli: Der Virus sei schliesslich schon da. Viren kennen keine Grenzen. Drum plädiert Cavalli für eine zivile Strategie gegen Corona. Und nicht nur er: Auch der ruhige, besonnene Mister Corona vom Bundesamt für Gesundheit, Daniel Koch, und sein Chef entschieden sich bisher für mehr Staat, aber nicht für mehr Seuchenpolizei. Das scheint vernünftig. Umso mehr, als jetzt auch die Weltwirtschaft hustet und fiebert. In Zeiten von Corona helfen marktradikale Rezepte und Profitmaximierung nicht weiter. Das zeigt nur schon die Tatsache, dass die Schweizer Pharmariesen Roche & Novartis sich gar nicht an der Impfstoff-Forschung beteiligen. Zu wenig rentabel! Die entsprechenden Sparten haben sie deshalb längst abgestossen. So könnte denn die neoliberale Ideologie das am wenigsten bedauernde Opfer von Corona werden. Wie es der oberste Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard im grossen work-Interview ausdrückt. Die Corona-Krise dürfe sich nicht über den Köpfen der Arbeitnehmenden entladen, warnt er und fordert ein Konjunktur-Ankurbelungsprogramm. Finanziert durch Nationalbank-Milliarden.

Lesen Sie den work-Schwerpunkt zur Corona-Krise auf den Seiten 6–9 und 14–15.

Lancierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente:

# Bitte unterschreibt jetzt!

## «Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir alle kennen die Realität: Die Krankenkassenprämien steigen, die AHV-Renten stagnieren, die Pensionskassenrenten schmelzen weg, obwohl die Beiträge immer höher werden. **Wer heute in Rente geht, hat immer weniger Geld zum Leben.** Das ist entwürdigend. Wer ein ganzen Leben gearbeitet hat, soll im Alter eine gute Rente erhalten. So steht es auch in der Bundesverfassung. Das ist immer weniger möglich. Darum haben wir die Initiative für eine 13. AHV-Rente lanciert.

**MÄCHTIGER HEBEL.** Die AHV ist ein Bollwerk gegen die Altersarmut. Ein mächtiger Hebel des sozialen Ausgleichs. Und darum auch gut für die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ihre Vorteile:

- 1. Die AHV bevorzugt tiefere Einkommen gegenüber hohen und höchsten Einkommen.** Letztere zahlen zwar auf dem ganzen Lohn AHV-Beiträge, erhalten aber maximal das Doppelte der minimalen AHV-Rente von 1185 Franken. Von dieser Bevorzugung profitieren überdurchschnittlich viele Frauen. Denn sie arbeiten häufig in Tieflohnbranchen und werden auch sonst bei den Löhnen nach wie vor massiv diskriminiert.
- 2. Frauen haben auch darum tiefere Löhne, weil sie den Hauptteil der unbezahlten Betreuungsarbeit in der Familie leisten.** Noch immer. Die AHV kann zwar diese Benachteiligung der Frauen nicht aufheben. Aber immerhin anerkennt sie die Kinder- und Angehörigenbetreuung von Frauen als Arbeit. Als Arbeit, die honoriert wird. Darum sind die AHV-Renten der Frauen fast gleich hoch wie diejenigen der Männer.

**3. Beim BVG ist das nicht so. Im Gegenteil: Die tiefen Löhne sind in der zweiten Säule systematisch benachteiligt.** Das hat mit dem sogenannten Koordinationsabzug zu tun. Er führt dazu, dass die PK-Renten von Frauen im Durchschnitt gerade mal halb so hoch sind wie jene der Männer. Wenn die Frauen denn überhaupt eine bekommen.

**BRUTAL TIEF.** 38 Prozent der Rentnerinnen leben nämlich einzig von der AHV. Und für viele Frauen, die Anspruch auf eine Pensionskassenrente haben, ist diese brutal gering. Zum Beispiel im Coiffeur-gewerbe: Die durchschnittliche Alters-

### FÜR DIE 13. AHV-RENTE

Bitte jetzt unterschreiben auf dem beigelegten Unterschriftsbogen oder online unter [rebrand.ly/ahv13](https://rebrand.ly/ahv13).

rente der Pensionskasse «Coiffure & Esthétique» beträgt nur rund

800 Franken. 800 Franken im Monat! Oder im Gastgewerbe: Bei «Gastrosocial», einer Pensionskasse vieler Gastrobeschäftigter, beträgt die ausbezahlte Durchschnittsrente 603 Franken. 603 Franken im Monat! Noch tiefer liegt die Durchschnittsrente bei der BVG-Stiftung der Kantinenbetreiberin SV Group: nämlich bei nur 505 Franken.

Mit solchen Renten können Mann und Frau nicht leben. Die 13. AHV-Rente alleine würde nicht gegen alle finanziellen Sorgen helfen. Aber sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer echten, existenzsichernden Altersvorsorge für alle.

**Darum sagt laut Ja! Ja zur wohlverdienten 13. Rente. Und unterschreibt bitte unseren Unterschriftenbogen, der diesem work beiliegt.** Und bitte versucht doch, auch andere von dieser guten Sache zu überzeugen, damit sie ebenfalls unterschreiben. Ist der Bogen voll, schickt ihn bitte rasch zurück. Ich danke Euch!»

Vania Alleva,  
Präsidentin Unia





# Initiative für eine 13. AHV-Rente ist lanciert

## Die Zeit ist reif!

**Die Pensionskassen torkeln, die AHV ist stabil. Darum muss sie gestärkt werden. Die Gewerkschaften haben ihre Initiative für eine 13. AHV-Rente lanciert.**

CLEMENS STUDER

Die Bundesverfassung sagt's deutlich: AHV und BVG sollen nach der Pensionierung die «Fortführung des gewohnten Lebensstandards» ermöglichen. Davon sind wir immer weiter entfernt.

**DIE URSACHEN SIND KLAR:**

- Die Lebenshaltungskosten steigen. In erster Linie wegen der explodierenden Krankenkassenprämien, die über unsziale Kopfprämien finanziert sind. Und wegen der steigenden Mieten.
- Die Pensionskassen sind in der Krise. Für immer höhere Beiträge bekommen die Versicherten immer weniger Rente. Den Arbeitnehmenden bleibt deshalb immer weniger Geld im Portemonnaie. Das liegt am System: Die Guthaben der Versicherten fließen auf den Finanzmarkt, den Immobilienmarkt usw. Mit unseren Guthaben wird spekuliert. Das macht die Taschen der Manager und Aktionäre in der Finanzindustrie voll. Und lässt die Renten schmelzen.

● Die rechten Parteien und ihre Sponsoren halten die AHV klein. Seit es diese gibt. Das preisgünstige Umlageverfahren ist Banken und Versicherungen ein Dorn im Auge. Da können sie nicht abkassieren. Und natürlich mögen sie auch den in die AHV eingebauten sozialen Umverteilungsmechanismus nicht, der macht, dass Bestverdierende mehr einbezahlen, als sie als Rente zurückbekommen. Und nicht nur das: Die Care-Arbeit von Frauen ist in der AHV rentenbildend. Das ist wichtig.

**DIE FOLGEN SIND DRAMATISCH:**

Die Hälfte aller, die 2017 pensioniert wurden, müssen mit weniger als 3600 Franken pro Monat über die Runden kommen. 10 Prozent der frisch Pensionierten müssen vom ersten Tag an Ergänzungsleistungen beantragen, weil sonst das Geld nicht zum Überleben reicht. Das widerspricht dem Verfas-

**Die AHV hat das beste Preis-Leistungs-Verhältnis aller möglichen Systeme der Altersvorsorge.**

sungsauftrag. Und ist entwürdigend für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben – erst noch in einem der reichsten Länder der Welt. Besonders problematisch ist die Rentensituation der Frauen: 38 Prozent der Rentnerinnen leben nämlich einzig von der AHV. Sofern Frauen überhaupt eine Pensionskassenrente erhalten, ist diese im

Durchschnitt nur halb so hoch wie jene der Männer. Und ganz besonders prekär ist die Lage der Frauen in Tieflohnbranchen: Sie erhalten von der Pensionskasse nur 500 bis 800 Franken. Die Zahlen im Detail: [www.rebrand.ly/Hungerrenten](http://www.rebrand.ly/Hungerrenten).

**DIE LÖSUNG LIEGT AUF DER HAND:**

Wer die Lage der aktuellen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner verbessern will, muss die AHV stärken. Sie hat das beste Preis-Leistungs-Verhältnis aller möglichen Systeme der Altersvorsorge. Darum haben die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) im Dezember 2018 eine Initiative beschlossen. Sie will bei der AHV einen Dreizehnten einführen, wie ihn viele Arbeitnehmende beim Lohn bereits kennen. Das entspricht einer Rentenerhöhung von 8,3 Prozent. Nach den nötigen Vorarbeiten ist die Initiative jetzt ausformuliert, von der Bundeskanzlei geprüft – und lanciert.

**JETZT SAMMELN!**

Jetzt geht es darum, die nötigen 100 000 Unterschriften möglichst rasch zu sammeln. Und damit ein deutliches Zeichen zu setzen. Denn die rechten Parteien von SVP bis GLP wollen die AHV weiter schwächen. Und sie torpedieren auch den Kompromiss der Sozialpartner zur Sanierung des BVG-Wesens. Dieser will mit einem dauerhaften, solidarisch finanzierten Rentenzuschlag das heutige Rentenniveau halten, obwohl der Um-

wandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Die Angriffe auf die AHV und die Torpedierung des Sozialpartner-Kompromisses der rechten Parteien ist ganz im Sinne ihrer Sponsoren aus der Finanzindustrie. Diese wollen die sogenannte dritte Säule alimentieren: eine gigantische Einnahmequelle für Banken und Versicherungen ohne Nutzen für Lohnabhängige mit kleinen und mittleren Einkommen.

Die Gewerkschaftsinitiative für einen AHV-Dreizehnten ist das wichtigste sozialpolitische Projekt des Jahres. Denn die Zeit ist reif für eine 13. AHV-Rente.

**Biberli meint:**  
**«13 ist doch voll normal!»**



Bauarbeiter und Floristin (60%), 2 Kinder		Tramführer und Coop-Verkäuferin (50%) 1 Kind		Gartenbauer und Serviceangestellte (40%), 2 Kinder		Pflegefachfrau (80%), 2 Kinder, geschieden	
Lohn pro Monat:	Fr. 4800.– Fr. 2400.–	Lohn pro Monat:	Fr. 5600.– Fr. 2300.–	Lohn pro Monat:	Fr. 4000.– Fr. 1600.–	Lohn pro Monat:	Fr. 5000.–
AHV-Rente pro Monat:	Fr. 3484.–	AHV-Rente pro Monat:	Fr. 3555.–	AHV-Rente pro Monat:	Fr. 3135.–	AHV-Rente pro Monat:	Fr. 2026.–
<b>13. AHV-Rente pro Monat</b>	<b>Fr. 290.–</b>	<b>13. AHV-Rente pro Monat</b>	<b>Fr. 296.–</b>	<b>13. AHV-Rente pro Monat</b>	<b>Fr. 261.–</b>	<b>13. AHV-Rente pro Monat</b>	<b>Fr. 169.–</b>

QUELLE: SGB

## Rechte bremsen Crypto-Aufklärung

BERN. Während Jahrzehnten lieferte die Zuger Crypto AG an über 100 Länder Verschlüsselungsgeräte mit einer Hintertür ([work berichtete: rebrand.ly/crypto-schwerpunkt](http://work.berichtete:rebrand.ly/crypto-schwerpunkt)). Verwickelt



CHIFFRIERMASCHINE der Zuger Crypto AG. FOTO: KEYSTONE

sind zahlreiche bürgerliche Schweizer Politiker und Militärs. Darum wollen die rechten Parteien von SVP bis GLP nichts von einer Aufklärung wissen. Sie lehnen eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ab. Stattdessen soll die ressourcenschwache Geschäftsprüfungsdelegation GPDel ein bisschen untersuchen. Pikant: Diese vermeintliche Geheimdienstaufsicht hat während ihres ganzen Bestehens nichts von den Crypto-Mauscheleien gewusst (haben wollen).

## Frankreich nimmt Über in die Pflicht

PARIS. Der Dumping-Taxidienst Uber behauptet, seine Fahrerinnen und Fahrer seien Selbstständige und keine Angestellten. Damit hat Uber seine Mitarbeitenden und die Sozialversicherungen alleine in der Schweiz schon um über 500 Millionen Franken geprellt. Seit Jahren ist ein Gerichtsfall hängig, der den Status der Uber-Fahrer klären soll. Frankreich ist da einen Schritt weiter. Am 4. März hat das oberste Gericht des Landes entschieden: Die Uber-Fahrerinnen und -Fahrer sind keine Selbstständigen, sondern Angestellte, und haben mit Uber einen Arbeitsvertrag.

## Schweizer Waffen töten weltweit

BERN. Schweizer Firmen haben 2019 Kriegsmaterial für 728 Millionen Franken exportiert. Mit Bewilligung des Bundes. Das sind 43 Prozent mehr als im Jahr davor. Und der zweithöchste Wert seit 1983. Waffen gingen dabei auch an Länder, die in Kriege verwickelt sind und die Menschenrechte missachteten. Zum Beispiel nach Saudiarabien. Im vergangenen Sommer reichte ein breites Bündnis die «Korrekturinitiative» ein. Sie will, dass keine Schweizer Waffen an Länder exportiert werden dürfen, die Menschenrechte verletzen oder in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Der Bundesrat ist dagegen und bastelt an einem indirekten Gegenvorschlag.

## ABB Sécheron: Doch kein Abbau

MEYRIN GE. 2017 wehrten sich die Industriearbeiter bei ABB Sécheron mit einem kreativen Arbeitskampf gegen die Auslagerung ihrer Arbeitsplätze ([work berichtete: rebrand.ly/abb](http://work.berichtete:rebrand.ly/abb)). Der Konzern hatte angekündigt, 150 Stellen nach Polen zu verlegen. Später war von einer «Verzögerung» die Rede. Seit Anfang März ist jetzt endlich klar: Die Fabrik bleibt. Sie wird demnächst von der japanischen Hitachi übernommen. Diese will den Standort und die Arbeitsplätze in Genf behalten.

## Urteil II: Schlappe für Lohndumper Baha 3 zu 0 für die Gewerkschaft

**Gewerkschafter Harry Huskic deckte den Lohndumping-Skandal auf Schloss Sonnenberg auf. Dafür rächte sich Gutsherr und Multimillionär Christian Baha mit einer dreisten Anzeige – ohne Erfolg.**

JONAS KOMPOSCH

Vor dem Bezirksgericht Frauenfeld musste sich Ende Februar der ehemalige Unia-Sekretär Harry Huskic (44) verteidigen. Er war von der Schloss & Gut Sonnenberg AG, der Firma des österreichischen Multimillionärs Christian Baha, auf Hausfriedensbruch verklagt worden. Huskic hatte im Frühling 2016 die Schlossbaustelle in Stettfurt TG betreten, um mit den dort beschäftigten Arbeitern zu sprechen. Dazu habe er aber kein Recht gehabt, meinte Schlossherr Baha. Diese Ansicht teilte erstaunlicherweise auch die Thurgauer Staatsanwaltschaft. Sie schickte Huskic prompt einen saftigen Strafbefehl in der Höhe von rund 3700 Franken! Das liess sich der St. Galler aber nicht gefallen, sondern erhob Einsprache. Denn: «Ich habe in meinen 10 Jahren als Gewerkschafter schon unzählige Baustellen besucht, aber so was ganz sicher noch nie erlebt!»

### Kein Hausfriedensbruch auf Schloss Sonnenberg TG.

PRÜGEL-METHODEN. Was Huskic auf Schloss Sonnenberg nämlich antraf, war das reinste Mittelalter. Der heutige VPOD-Sekretär erinnert sich: «Ein Vorarbeiter mit einem Stock in der Hand schüchterte die Arbeiter ein.» Diese sollten gar nicht erst daran denken, mit dem Gewerkschafter zu sprechen. Huskic sagt: «Sofort war klar: Hier ist was schief.»

Kurze Zeit später war das Schloss mit Eisenketten verriegelt. Zu spät. Denn die Unia hatte die Beweise bereits in der Hand: Gutsherr Baha hatte rund 30 polnische Baubüezer mit illegalen Dumpinglöhnen von netto 2495 Franken ausgebeutet. Für eine Arbeitsstunde gab es also gerade mal 13 Franken. «Wohnen» mussten die Arbeiter auf der Baustelle – in Containern, für die ihnen die Sonnenberg AG auch noch Miete abknöpfte. Damit nicht genug. Nachdem unter anderem work den Fall publik gemacht hatte, erwirkte Baha beim Obergericht Frauenfeld ein superprovisorisches Verbot. Die Unia durfte den Lohndum-

per fortan nicht mehr so nennen und auch nicht mehr «Finanzspekulant». Doch die Gewerkschaft gewann vor Gericht. Genauso einen zweiten Prozess, den Baha anstrebte, weil die Unia an einer Medienkonferenz aus der superprovisorischen Verfügung zitiert hatte. Und nun steht es bereits 3 zu 0 für die Unia! Denn das Bezirksgericht Frauenfeld sprach auch Huskic frei. Ihm winkt nun eine Entschädigung von rund 6200 Franken.



**FINANZSPEKULANT UND LOHNDUMPER: Multimillionär Christian Baha.**

FOTOS: SUPERFUND.COM, TOPONLINE.CH; MONTAGE: WORK

per fortan nicht mehr so nennen und auch nicht mehr «Finanzspekulant». Doch die Gewerkschaft gewann vor Gericht. Genauso einen zweiten Prozess, den Baha anstrebte, weil die Unia an einer Medienkonferenz aus der superprovisorischen Verfügung zitiert hatte. Und nun steht es bereits 3 zu 0 für die Unia! Denn das Bezirksgericht Frauenfeld sprach auch Huskic frei. Ihm winkt nun eine Entschädigung von rund 6200 Franken.

## Urteil I: Schwangere haben Recht auf Arbeitslosengelder Riesiger Sieg für die Frauen in der Schweiz



**VIELE BUNTE BÄUCHE: Passend zum 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen, urteilte das Bundesgericht, dass Behörden schwangere Arbeitslose nicht diskriminieren dürfen.** FOTO: GETTY

### Die Walliser Behörden wollten Schwangeren das Arbeitslosengeld streichen. Amelia Duerte\* (33) wehrte sich – und das Bundesgericht gibt ihr jetzt recht.

PATRICIA D'INCAU

Seit fast zehn Jahren arbeitet Amelia Duerte\* als Gastroangestellte in Zermatt. Jeden Sommer und Winter bedient sie die Gäste am Hotelbuffet. Ihr Arbeitsvertrag: immer befristet für die Saison. So, wie es in der Tourismushochburg Zermatt meistens der Fall ist.

Im Sommer 2018 erfährt Duerte, dass das Hotel sie im nächsten Winter nicht anstellen will. Sie ist schwanger, der Geburtstermin ist im Dezember. Also beginnt die werdende Mutter, Bewerbungen zu schreiben. Im Oktober meldet sie sich beim RAV. Und ahnt nicht, was jetzt auf sie zukommt.

Am Anfang läuft noch alles wie immer: Duerte geht zum Erstgespräch aufs RAV. Dort wird ihr gesagt, dass Schwangere ab zwei Monaten vor dem errechneten Geburtstermin

von der Stellensuche befreit seien. Verpflichtet ist sie nur, Stellenzuweisungen anzunehmen und an «arbeitsmarktlichen Massnahmen» wie Umschulungskursen teilzunehmen.

Duerte schreibt trotzdem weiter Bewerbungen. Sie will einen Job finden. Doch falls es nicht klappt, kann sie jetzt im Notfall wenigstens mit Arbeitslosenentschädigung rechnen. Und ist so ein bisschen abgesichert. Das denkt Duerte zumindest.

### SKANDALÖSER ENTSCHEID

Denn in der Zwischenzeit meldet sich das RAV bei der Walliser Arbeitsbehörde, der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA). Die soll bestätigen, dass die Schwangere als vermittlungsfähig einzustufen sei. Das ist Voraussetzung, damit sie die Arbeitslosenentschädigung bekommt. Doch: die Behörde sagt Nein. Mit dem Argument, dass wohl keine Firma eine schwangere Frau einstellen wolle.

Plötzlich steht Duerte vor dem Nichts. Zum Glück ist sie Mitglied bei der Unia, und die reagiert sofort. Unia-Juristin Myriam Muff schreibt eine Einsprache. Für sie ist klar: «Der Entscheid ist diskriminierend, werden naturgemäss doch nur Frauen schwanger.» Und: «Das zu bestrafen ist absurd.» Und es verstösst

auch gegen das Gesetz. Zum einen gilt in der Schweizer Bundesverfassung das Recht auf Familiengründung. Zum anderen hält das Gleichstellungsgesetz fest: Es ist verboten, eine Frau wegen Mutterschaft nicht einzustellen. Im Fall von Duerte heisst das: «Die DIHA geht bei ihrem Entscheid offenbar davon aus, dass alle Arbeitgeber das Gesetz missachten», erklärt Juristin Muff. Obwohl eine Schwangere weder für die Arbeitgeber noch für die Arbeitslosenkasse ein finanzielles Risiko sei. Schliesslich wird der Mutterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) gedeckt.

### STURE BEHÖRDE

Die Haltung der Walliser Arbeitsbehörde sorgt auch beim Walliser Kantonsgericht für Stirnrunzeln. Am 20. Mai 2019 gibt sie der Unia recht und verfügt: Frau Duerte ist die Arbeitslosenentschädigung zu bezahlen.

Damit hätte die Geschichte zu Ende sein können. Doch anstatt der jungen Mutter das Geld endlich überweisen zu lassen, zieht die Arbeitsbehörde den Entscheid ans Bundesgericht weiter. Im Wissen, dass arbeitslose Schwangere

### «Es ist beschämend dass wir Frauen noch heute für unsere Rechte vor Gericht müssen.»

UNIA-JURISTIN MYRIAM MUFF

in der ganzen Schweiz künftig finanziell im Stich gelassen würden – wenn sich die Behörde doch noch durchsetzt. Und das, obwohl die Frauen ihr ganzes Berufsleben lang in die Arbeitslosenversicherung (ALV) einzahlen. Für Unia-Juristin Muff geht das nicht auf: «Es kann doch nicht sein, dass Frauen ihre Beiträge zahlen und dann, wenn sie arbeitslos werden, nicht versichert sind.»

Und: Mittlerweile ist Amelia Duerte nicht mehr der einzige «Fall». Im Frühling 2019 meldet sich Isabella Costa\* bei der Unia. Auch sie arbeitet seit zehn Jahren als Zimmerfrau in Zermatt, wird bald Mutter und ist für die Sommersaison nicht mehr angestellt worden. Und auch sie bekommt jetzt kein Arbeitslosengeld. Die Walliser Arbeitsbehörde wolle den Entscheid vom Bundesgericht abwarten.

### ERLÖSENDE NACHRICHT

Juristin Muff weiss: Hier trifft es gerade jene, für die die Situation sowieso schon prekär ist. «Diese Frauen arbeiten Vollzeit, haben schlechte Löhne, immer nur befristete Verträge, keine Anstellung bei Schwangerschaft. Und sie werden jetzt – auf alles hinauf – dafür noch von der Arbeitslosenkasse bestraft.» Jetzt hängt alles vom Bundesgericht ab. Doch bis zum Entscheid dauert es mehrere Monate. Unterdessen äussert sich auch das Staatssekretariat für Wirtschaft zur Situation – und stützt die Position der Unia praktisch in allen Punkten.

Und dann, endlich, stellt auch das Bundesgericht klar: Schwangere Frauen sind vermittlungsfähig – und haben Anrecht auf Tagelöhner. Es ist ein riesiger Sieg für die Frauen. «Und zwar für alle Frauen!» sagt Myriam Muff. Auch wenn sie es doch «beschämend» findet, «dass wir Frauen in der Schweiz noch heute für unsere Rechte vor Gericht müssen.»

Das Bundesgericht hat das Urteil kurz vor dem Internationalen Frauentag am 8. März veröffentlicht. Es gäbe kein passenderes Datum.

\* Namen geändert

INSERAT

PAULUS  
AKADEMIE  
STELLT  
FRAGEN  
ZUR  
ZEIT



Frage von Lorenzo aus Winterthur

# Soll ich aus meiner Bubble ausbrechen?



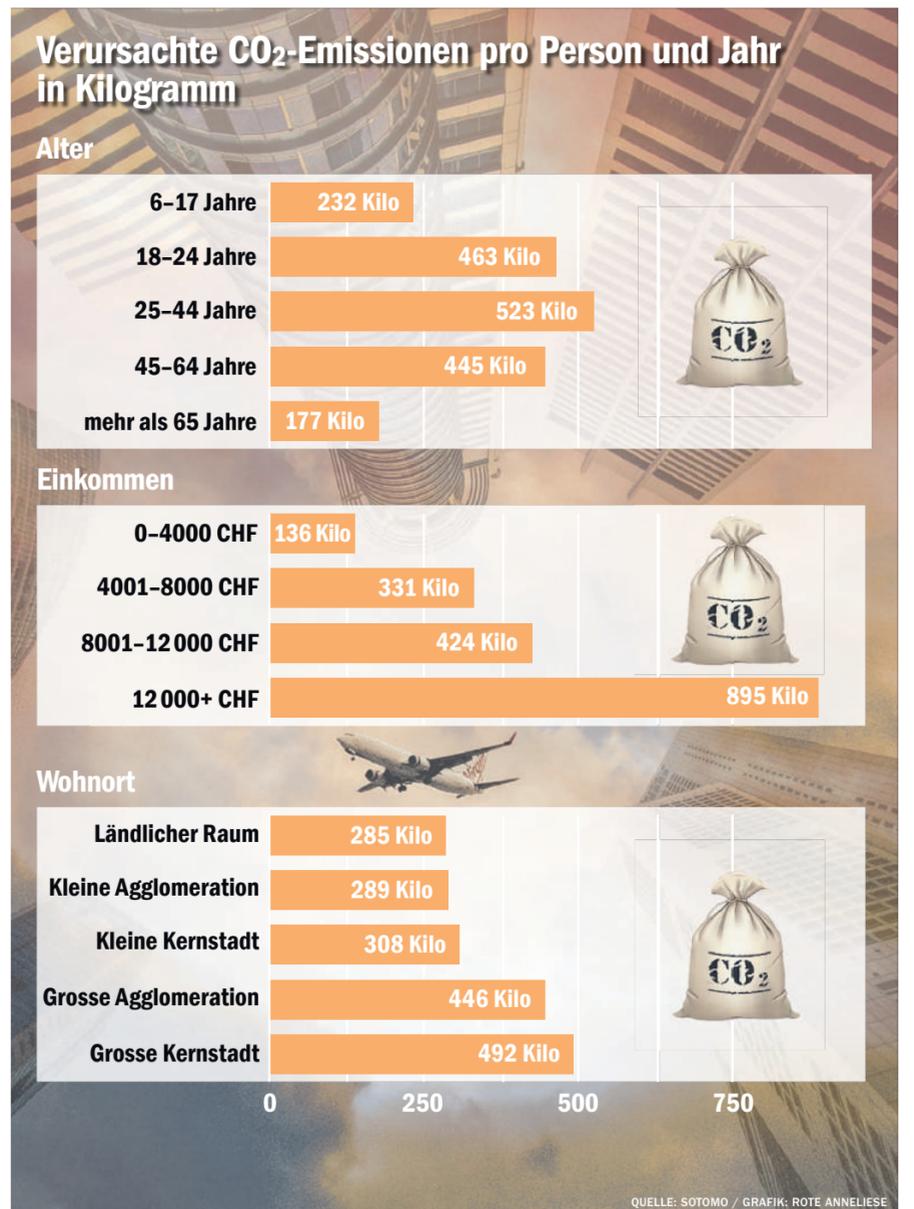
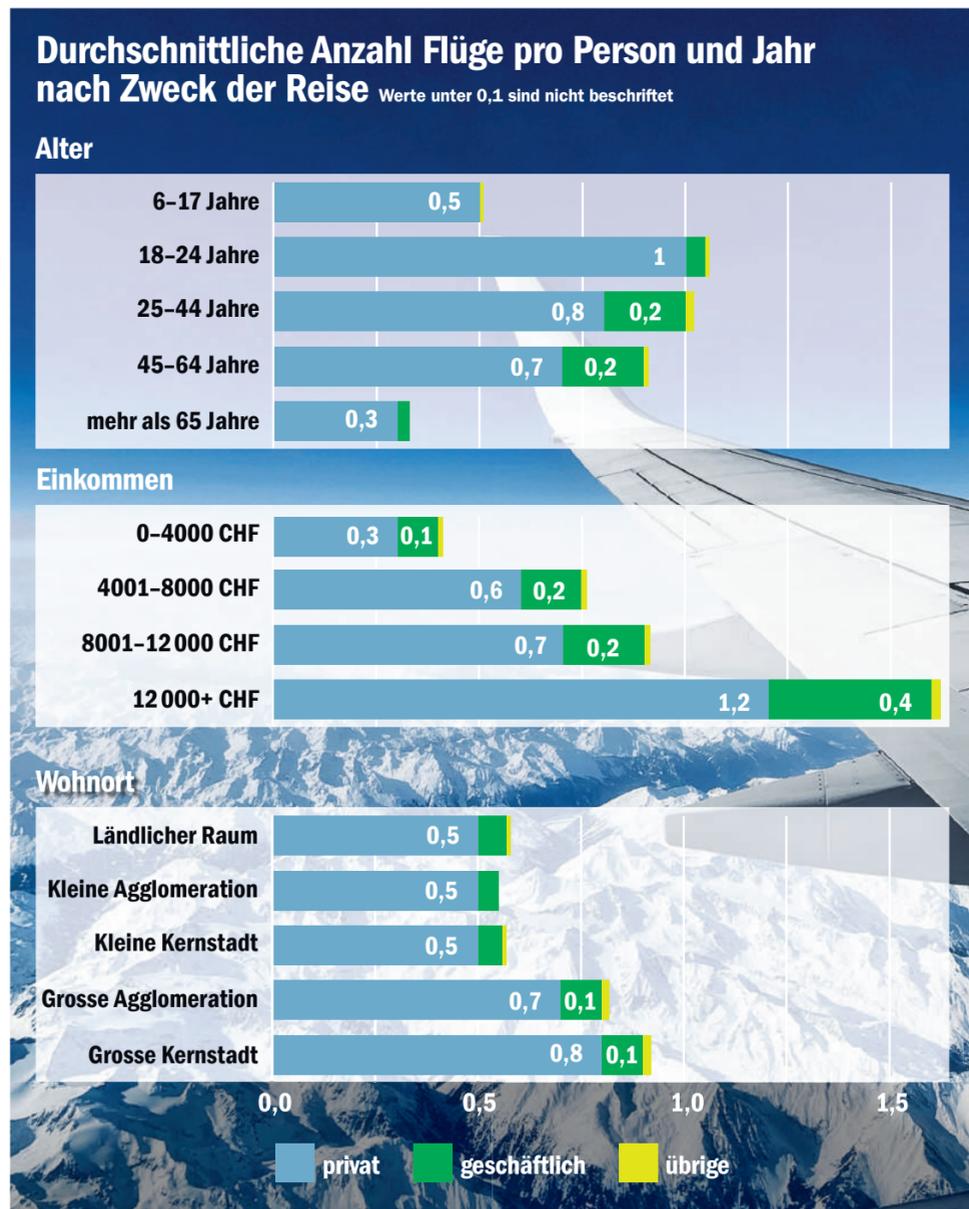
Besuchen Sie uns am  
grossen Eröffnungsfest:  
Sa, 28. März, 11–18 Uhr

Die neue Paulus Akademie.  
Da für alle. Mitten in Zürich.

Paulus Akademie  
Pfingstweidstrasse 28, 8005 Zürich  
fragenzurzeit.ch



# Michael Hermann von Sotomo hat es wissenschaftlich berechnet: Flugticketabgabe: Mehrheit der Bevölkerung profitiert



**Nächste Woche debattiert der Nationalrat über eine Flugticketabgabe. Die SVP behauptet, die kleinen und mittleren Einkommen würden leiden. Wahr ist das Gegenteil: Das belegt eine neue und brisante Studie.**

MARIE-JOSÉE KUHN

Reiche und Superreiche in der Schweiz fliegen 5 Mal mehr in der Welt herum als Menschen mit bescheidenen Einkommen. Und sie blasen ungestraft sechs Mal mehr schädliches CO<sub>2</sub> in die Luft. Zu diesem hochbrisanten Ergebnis kommt eine neue Studie des Politologen Michael Hermann und seiner Forschungsstelle Sotomo. Für 10000 Franken in Auftrag gegeben haben sie der Verein «Rote Anneliese» mit Peter Bodenmann als treibender Kraft im Hintergrund. Der Verein ist der Herausgeber der gleichnamigen Walliser Oppositionszeitung, die der Studie in der neuen Ausgabe mehrere grafisch super aufbereitete Seiten widmet.

Und Sotomo widerlegt, was SVP-Noch-Präsident Albert Rösti frech und faktenfrei im Blick behauptet hat: dass eine Flugticketabgabe eine «sozialisti-

sche Umverteilung» von unten nach oben wäre. Also von den Büzern zu den Bonzen. Von den Unia-Mitgliedern zu den Managern. Doch wahr ist das Gegenteil, so das Fazit von Hermanns Studie: «Eine Flugticketabgabe führt eher zu einer sozialen Entlastung als zu einer Mehrbelastung» (siehe Kasten rechts).

#### REICHSTE FLIEGEN AM MEISTEN

Erstmals zeigen wissenschaftlich erhobene Zahlen das Flugverhalten der Schweizer Bevölkerung – und das ist maximal unterschiedlich: Wenige fliegen viel. Und viele fliegen wenig (siehe Grafik oben links). Am meisten jetten jene Personen durch die Lüfte, die ein Haushaltseinkommen von über 12000 Franken netto haben. Also die Reichen und Superreichen. Sie fliegen sowohl privat als auch geschäftlich mehr als alle anderen Einkommensklassen. Häufiger als andere Altersgruppen be-

#### Reiche fliegen 5 Mal mehr als Menschen mit einem bescheidenen Einkommen...

steigen auch die 18-24-jährigen und die Ledigen einen Flieger. Sowie die Städterinnen und Städter: Sie fliegen fast doppelt so viel wie die Menschen auf dem Land. Mann und Frau dagegen sind über den Wolken gleichgestellt.

Und die Flughäufigkeit bestimmt die Luftverschmutzung mit CO<sub>2</sub>-Emis-

sionen. Die Top-5-Prozent-Vielflieger tragen alleine mit ihren privaten Flügen rund ein Drittel der gesamten Flugemissionen bei. So die Berechnungen von Sotomo. Die grössten fliegenden Luftverschmutzerinnen und -verschmutzer sind die Reichen und Superreichen mit einem Nettoeinkommen von über 12000 Franken. Sie schleudern 895 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr in die Atmosphäre. Nur 136 Kilogramm sind es dagegen bei Personen mit einem Nettoeinkommen bis 4000 Franken. Wir haben es also mit einem richtigen Klassenkampf in der Luft zu tun. Am umweltfreundlichsten sind die Rentnerinnen und Rentner, sie machen offenbar eher Ferien ohne Flugreisen (Grafik rechts).

#### NEUES ABGABEMODELL

Nächste Woche diskutiert und entscheidet der Nationalrat über eine Flugticketabgabe. Sie ist eine zwingende Massnahme im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Und zu einer Netto-null-CO<sub>2</sub>-Schweiz. Doch: Wie muss eine solche aussehen, damit sie möglichst gerecht ist (im Sinne des Verursachenden-Prinzips) und auch möglichst sozialverträglich? Auch das liess die «Rote Anneliese» von Sotomo untersuchen. Und gab gleich ein eigenes Flugticketabgabe-Modell vor, das «New Climate 2020». Sotomo hat dieses nun mit dem Modell verglichen, das der Nationalrat vorschlägt.

Und die gute Nachricht von Sotomo lautet: Bei beiden Modellen erhält eine Mehrheit der Bevölkerung netto

mehr zurück, als sie bezahlen muss. Bei «New Climate 2020» profitieren satte 79 Prozent, also 4 von 5 Personen. Im «Modell Nationalrat» 60 Prozent. Das

#### ... und sie sind auch die grössten fliegenden CO<sub>2</sub>-Verschmutzer.

bessere Abschneiden von «New Climate 2020» hat damit zu tun, dass es eine vollständige Rückerstattung der Abgabe an die Bevölkerung vorsieht. Während das «Modell Nationalrat» nur 51 Prozent rückerstatten möchte.

Das «Modell Nationalrat» unterscheidet zudem nur zwischen zwei Streckentypen: Kurz- und Langstrecken. Während das Modell «New Climate 2020» auf dem tatsächlichen Klimaeffekt eines Fluges beruht. Es orientiert sich an den Emissionsberechnungen des Myclimate-Flugrechners und bevorzugt «damit keine Destinationen gegenüber ändern», wie Sotomo schreibt. Und drum zu bedenken gibt: «Das «Modell Nationalrat» könnte zu unbeabsichtigten Anreizen für lange Langstreckenflüge führen, die gewissermassen quersubventioniert werden.»

Konkret: Ein Flug nach Sydney kommt beim «Modell Nationalrat» pro Kilogramm ausgestossenes CO<sub>2</sub> mehr als drei Mal so günstig wie ein Flug nach Palma de Mallorca. Und wer fliegt vor allem nach Sydney? Es sind die wenigen reichen bis superreichen Viel- und Weitfliegenden. Sie würden also gegenüber jenen Pauschalreisenden mit bescheidenem Einkommen bevor-

#### Modell «New Climate 2020»: Markanter Umverteilungseffekt

Interessant am Modell «New Climate 2020» ist die Umverteilung von oben nach unten. Das belegt die Sotomo-Studie: «Es hat gemessen am Gesamtumsatz der vorgeschlagenen Flugticketabgabe von rund 330 Millionen Franken im Jahr einen markanten Umverteilungseffekt: Die Einkommensklassen von über 12000 Franken zahlen insgesamt rund 46 Millionen Franken mehr, als sie erhalten. Die Einkommen unter 6000 Franken erhalten insgesamt rund 55 Millionen Franken mehr, als sie bezahlen.» Damit ist es sicher auch für die Mehrheit der Unia-Mitglieder interessant. (mjk)

zugt, die einmal im Jahr für vierzehn Tage auf der Putzfraueninsel Ferien machen. Sie, die Verkäuferinnen, Bau- bauer, Spengler, Automechanikerinnen, Reinigerinnen und Gastroangestellten, hätten also das Nachsehen. Und auch alle Portugiesen, Ungarinnen und Spanierinnen, die in der Schweiz arbeiten und über Weihnachten und Ostern zu ihren Familien fliegen.

Das Fazit der Forschungsstelle Sotomo: Für solche Quersubventionierungen gebe es «kaum eine begründbare Argumentation».



ABGESAGT: Wegen Corona findet der Genfer Autosalon nicht statt, deshalb haben rund 700 Temporäre ihre Arbeit verloren. FOTO: KEYSTONE



# Der oberste Gewerkschafter fordert ein Corona-Konjunkturprogramm: Lohnfortzahlungspflicht über alles! Ausweitung der Kurzarbeit! Sicherheitsfonds für alle! Und Ankurbelung der Wirtschaft!

**Von seinem Lieblingsautor Albert Camus hat SGB-Chef Pierre-Yves Maillard gelernt, wie herausfordernd Viren für die Menschheit sein können. Er will die Pest zwar nicht mit Corona vergleichen, sagt aber: «Wir müssen schnell handeln!»**

MARIE-JOSÉE KUHN

**Pierre-Yves Maillard, was beschäftigt Sie persönlich am meisten an der Corona-Epidemie?**  
**Pierre-Yves Maillard:** Wie bei allen gibt es auch in meinem nächsten Umfeld Risikopersonen, und es stellen sich drum Fragen: Sollen wir sie noch besuchen? Zu welchen Vorsichtsmassnahmen sollen wir ihnen raten, ohne unnötig Panik zu verbreiten und sie noch mehr zu isolieren? Ansonsten sehe ich Menschen, die plötzlich ihr ganzes Verhalten ändern. Zum Guten oder zum Schlechten. Es scheint, als rücke Corona sowohl die angenehmen Seiten der menschlichen Natur als auch die unangenehmen ins gleissende Licht.

## Der Coronavirus trifft Arbeitnehmende schon jetzt hart Jobs weg, Löhne weg

**Autosalon, Hotellerie und Grenzgänger und Grenzgängerinnen: Obwohl gesund, gibt es bereits viele Corona-Opfer unter den Mitarbeitenden.**

CHRISTIAN EGG

Den 28. Februar 2020 vergisst Viktor Giger (28) nicht mehr so schnell. Der Bühnenarbeiter war gerade im Zürcher Hallenstadion.

**«Die Lage im Tessin ist chaotisch.»**

GIANGIORGIO GARGANTINI, UNIA

Baute die Bühne auf für das Konzert der Rockband «Annen-MayKanterei». Da entschied der Bundesrat: Wegen des Coronavirus sind alle Anlässe mit mehr als 1000 Personen ab sofort verboten.

Giger: «Wir konnten gleich wieder mit dem Abbau anfangen.» Vorher verdiente Giger im Schnitt rund 3300 Franken im Monat. Nach dem Verbot wurden alle Konzerte abgesagt. Sein Verdienst jetzt: null Franken. Denn einen fixen Arbeitsvertrag hat er nicht. Sein Arbeitgeber ist ein Personalvermittler. Keine Einsätze, kein Lohn. Und nicht einmal zum RAV können die Temporären.

**KEIN EINSATZ, KEIN VERDIENST**

Das bundesrätliche Verbot von Veranstaltungen trifft auch Messen. Und damit Menschen, die da einen Arbeitseinsatz haben. Oder besser gesagt, gehabt hätten: Allein durch die Absage des Genfer Autosalons haben rund 700 Temporäre ihre Arbeit verloren. Laut Gesetz haben sie bei kurzfristigen Absagen Anrecht auf zwei Tage Lohn, mehr nicht.

Ähnliches gilt für die Sicherheitsbranche. Arnaud Bouverat von der Unia: «Es gibt im Jahr drei Anlässe, an denen sehr viele Sicherheitsleute im Einsatz sind: der Autosalon, die Uhrenmesse Baselworld und das WEF in Davos. Zwei davon wurden wegen Corona abgesagt.» Bouverat schätzt, dass die Mitarbeitenden dadurch Tausende von Einsatzstunden verloren haben. Und damit oft auch ihren Verdienst.

**ZWANGSFERIEN**

Die Corona-Epidemie spürt immer mehr auch das Gastgewerbe, besonders in Tourismusregionen. Etliche Hotels haben ihre Saison vorzeitig beendet. Deshalb läuft das Telefon von Unia-Mann Giuseppe Reo in Luzern und Thun heiss. Einige Hotels und Restaurants hätten schon bei den ersten Absagen die Mitarbeitenden heimgeschickt und wollten ihnen den Lohn nicht zahlen. Doch Reo stellt klar: «Das geht nicht.» Ein Hotel wird etwa eine Servicemitarbeiterin zwingen wollen, ihre Ferien jetzt statt im Sommer zu beziehen. Reo erreichte, dass die Frau stattdessen nun hilft, den bereits stillgelegten Teil der Küche zu reinigen.

Im Kontakt mit den Verantwortlichen finde sich meist eine Lösung, so Reo. Etwa in dem Hotel, das in allen Zimmern die Vorhänge erneuern will. «Im Gespräch sagte eine Wäschereimitarbeiterin dem Chef: Gib uns Stoff und Nähmaschinen, das können wir selber machen.» So sei allen geholfen, sagt Reo.

**CORONA-PANIK BEI DEN CHEFS**

Am stärksten von Corona betroffen ist das Tessin. Als «chaotisch» bezeichnet Unia-Mann Giangiorgio Gargantini die Lage. Viele Hotels

haben den Saisonstart jetzt verschoben. Für die Mitarbeitenden bedeutet das nicht nur den Verlust des Einkommens, wie Gargantini erklärt. Viele seien im Winter auf Arbeitslosengelder angewiesen. «Wenn sie jetzt plötzlich nur noch 5 Monate arbeiten können statt 6, verlieren sie ihren Anspruch auf Unterstützung.» Er rechnet damit, dass sich alles noch zuspitzt.

Ziemlich überspitzt reagierte dieser Tage auch ein grösseres Elektrounternehmen mit verschiedenen Standorten. Es informierte die Mitarbeitenden: Wer von den Behörden unter Quarantäne gestellt werde und

### CORONA-VIRUS

Lesen Sie mehr über Ihre Arbeitsrechte bei Corona-Massnahmen. Seiten 14/15

nicht zur Arbeit komme, habe keinen Anspruch auf Lohn. Das ist illegal: Bei unverschuldeter Quarantäne muss die Firma den Lohn zahlen. Und Corona-Panik hin oder her, auch was sich die Coniferie Bachmann in Luzern am Personal- und Lieferanteneingang des Produktionsbetriebs leistet, entbehrt jeder Rechtsgrundlage: eine Wärmebildkamera muss dort die Temperatur von Mitarbeitenden und Lieferanten. Wer Fieber hat, kommt nicht rein.

Und so kann man denn die Lust jenes Mitarbeitenden einer Schweizer Logistikfirma prima verstehen, der per Whatsapp-Gruppenchat selber ein Verbot herausgab: «Wegen der Zunahme von übertragbaren Krankheiten ist es ab sofort verboten, dem Chef den Arsch zu lecken.»

**Warum ist das so?**

Eines meiner Lieblingsbücher ist «Die Pest» von Albert Camus. Auch wenn ich Corona nicht mit der Pest vergleichen möchte, zeigt Camus in diesem Roman doch klar auf, mit welchen Herausforderungen eine Gesellschaft in solchen Zeiten konfrontiert ist. Mit welchen psychologischen Herausforderungen auch. Je stärker unser Sozialstaat ist, je besser unser Service public und je grösser das Solidaritätsdenken und die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sind, desto erfolgreicher werden wir Corona bekämpfen können. Doch leider waren es gerade diese Ressourcen und Werte, die der entfesselte Kapitalismus, der Neoliberalismus, in den letzten Jahrzehnten in Frage gestellt, ja geschwächt hat.

**Und was beschäftigt den obersten Gewerkschafter Maillard an Corona am meisten?**

Drei Dinge: Die Fähigkeit des Pflegepersonals, auch noch diesen Schock zu schultern, wo es ja schon zu normalen Zeiten chronisch überlastet ist. Corona macht uns klar, wie zentral die Pflegearbeit für das Weiterbestehen unserer Gesellschaft ist. Und dass Pflegerinnen und Pfleger nicht einfach Kosten darstellen, sondern Ressourcen – auch für die Wirtschaft.

Dann: Wir müssen jetzt schnell fähig sein, die Folgen des sinkenden Wirtschaftswachstums zu antizipieren. Und auch die damit verbundenen sozialen Probleme. Schon wenn der Motor brummt, schafft unser super-konkurrenzbetontes Wirtschaftssystem viele Ungleichheiten und viel Ausgrenzung. Was wird erst sein, wenn der Motor stockt?

Schon heute ist es für viele Menschen in Europa schwierig bis unmöglich, einen Job zu finden. Besonders für viele junge Menschen. Und schon jetzt lastet ein immenser Druck auf den älteren Arbeitnehmenden. Was wird erst sein, wenn die Arbeitslosigkeit wegen Corona massiv ansteigt? Darum muss der Staat jetzt eingreifen, es pressiert! Mit sozialen Massnahmen, die den Betroffenen und auch den betroffenen Branchen mehr Sicherheit bringen...

**...und der dritte Punkt?**

Ich komme grad dazu. Der dritte Punkt, der mich beschäftigt, ist, dass es bei solchen Krisen immer Verlierer und Profiteure gibt. Und die Arbeitnehmenden sind nun mal die Schwächeren in einem Arbeitsverhältnis. Viele Firmen werden sich auch mit Corona korrekt verhalten, aber andere werden die Situation ausnutzen. Deshalb fordern wir Gewerkschaften: Die Lohnfortzahlung hat erste Priorität. Sie ist auch im Zeitalter von Corona die oberste Pflicht der Arbeitgeber! Für Arbeitgeber,

die ihrer Pflicht objektiv nicht nachkommen können, braucht es neben den Möglichkeiten der Kurzarbeit einen Hilfsfonds.

**Die Telefone bei der Unia laufen heiss, die Arbeitnehmenden sind verunsichert. Weil Firmen jene, die auf Abruf angestellt sind, jetzt nicht mehr aufbieten. Oder weil Arbeitgeber den Arbeitsbeginn für Saisonarbeitskräfte auf später verschieben wollen. Was raten Sie?**

Die Arbeitslosenversicherung sieht für konjunkturell schwierige Zeiten Kurzarbeit für Firmen vor. Und die jetzige Situation ist eine typische solche Situation. Die Corona-Epidemie wird mal abklingen, aber inzwischen müssen wir verhindern, dass gute Firmen und Arbeitsplätze nicht einfach verschwinden. Die Arbeitsämter müssen schnell über die eingehenden Gesuche für Kurzarbeit entscheiden.

**Wir brauchen bei der Kurzarbeit aber auch Anpassungen. Die Karenzfrist muss fallen. Zudem sollen alle Arbeitnehmenden Kurzarbeit machen können, unabhängig von ihrem Arbeitsvertrag. Das ist heute nicht der Fall. Und: Sie sollen den vollen Lohn erhalten, auch wenn sie**

**Der Staat muss eingreifen, es pressiert!**

nicht voll arbeiten. Für die Lohndifferenz von 20 Prozent müssen die Firmen aufkommen, wenn sie es können. Und das Gesetz sollte geändert werden, um eine hundertprozentige Bezahlung zu erlauben, falls die Unternehmen Weiterbildungen für die Belegschaft durchführen. Oder wenn sie arbeitslose Arbeitnehmende reintegrieren und diese qualifizieren.

**Was ist mit jenen Arbeitsverhältnissen, die vom Kurzarbeitssystem nicht erfasst sind. Mit Temporärjobs? Mit Engagements von Kultur- und Eventschaffenden? Oder mit Arbeitnehmenden, die wegen geschlossener Schulen und Kitas zu Hause Betreuungspflichten übernehmen müssten?**

Die Ausweitung der Kurzarbeit, die wir verlangen, reicht sicher nicht für all diese Arbeitenden aus. Deshalb braucht es für sie und ihre Branchen zusätzlich einen Sicherheitsfonds.

**Und schon stellen Arbeitgeberverbände wie etwa der Baumeisterverband ihre Lohnfortzahlungspflicht in Frage. Im Pandemie-falle, wenn der Staat gewisse Firmen wegen zu grosser Ansteckungsgefahr schliessen würde, seien sie davon befreit. Was sagen Sie zu dieser Logik?**

Sehen Sie, das wird das Schwierigste sein in den kommenden Monaten, dass wir zwischen Schiss und Profiteuren und jenen Firmen und Branchen unterscheiden müssen, die wirklich in Schwierigkeiten sind. Wenn wir bedenken, was Ems-Chefin Magdalena Martullo Blocher kürzlich im «Blick» gesagt hat, dass es nämlich sehr wohl vertretbar sei, wenn eine Firma einerseits massive Dividenden auszahle und andererseits ein Gesuch für Kurzarbeit einreiche, können wir in etwa die Skrupellosigkeit gewisser Kreise ermesen. Der Staat wird gut abwägen müssen zwischen der Notwendigkeit, schnell zu handeln, und dem Zynismus, mit dem einzelne Firmen ihre Profitsucht ausleben. Aber er soll rasch und unbürokratisch beschliessen, und anschliessend allfällige Rückzahlungen vorsehen.

**Sie haben politisch sehr schnell auf Corona reagiert und Druck auf Wirtschaftsminister Guy Parmelin gemacht. Sie fordern ein Konjunkturprogramm. Konkret?**

Ich habe es teilweise schon gesagt: Kurzarbeit ausweiten, Lohnfortzahlungspflicht der Firmen sichern und, für den Fall, dass diese das nicht können, einen Fonds einrichten. Wir verlangen vom Bundesrat aber auch, dass er den Service public und die Sozialversicherungen absichert, dass er Firmen ermutigt, Weiterbildung während der Kurzarbeit zu organisieren, und wir wollen, dass



**SGB-CHEF PIERRE-YVES MAILLARD:** «Die neoliberale Ideologie wird hoffentlich das am wenigsten zu bedauernde Opfer der Corona-Epidemie sein!»

FOTO: MARCO ZANONI / LUNAX

## Corona: Stand der Wissenschaft

Über den Coronavirus SARS-CoV-2 wissen wir vieles noch nicht. Laufend werden aber neue Studien dazu publiziert. Hier die wichtigsten Zahlen, Fakten und Einschätzungen.

**INFEKTIONSZAHLEN.** Weltweit sind mehr als 119'000 Ansteckungen in über 110 Ländern und Regionen mit dem neuen Coronavirus gemeldet worden. Insgesamt sind aber auch mehr als 66'000 Menschen wieder geheilt (Stand 11.3).

In Europa verbreitet sich der Virus inzwischen schneller als in Asien. Die fünf Länder mit den meisten bestätigten Covid-19-Erkrankungen pro 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner sind: Italien, Südkorea, Iran, Bahrain, China und die Schweiz. In dieser Reihenfolge. Während die Ansteckungen in China jetzt massiv zurückgegangen sind, steigen sie hier immer

noch rasant an. Bei Redaktionsschluss belief sich die Zahl der bestätigten Ansteckungen in der Schweiz laut BAG auf 613 (Stand 11.3). Der durchschnittliche Covid-19-Erkrankte ist 46 Jahre alt und männlich. Die meisten Epidemiologen gehen davon aus, dass der Virus langfristig bei uns bleiben wird.

**GEFÄHRLICHKEIT.** 80 Prozent der Covid-19-Erkrankungen verlaufen mild. Der allergrösste Teil der Bevölkerung wird bei einer Infektion die Krankheit sehr gut überstehen, manche werden nicht einmal etwas bemerken. Kinder können sich auch infizieren, entwickeln aber in den meisten Fällen keine oder nur sehr milde Symptome.

Besonders gefährdet hingegen sind ältere Menschen ab 65 und Menschen mit chronischen Vorerkrankungen (Bluthochdruck, Diabetes, Herzkreislauf, Krebs usw.), auch jün-

gere. Insgesamt sind bisher deutlich mehr Männer am Virus gestorben als Frauen.

**STERBLICHKEIT.** Der Covid-19-Virus ist sehr ansteckend. Eine neue deutsche Studie geht davon aus, dass «Husten oder Niesen auch schon in der Anfangsphase stark infektiös sind. Der Virus ist auch ansteckender als die saisonale Grippe. Und fünf bis fünfzehnmal so gefährlich, was die Sterblichkeit betrifft. Das sagt eine Mehrheit der Wissenschaftler, die sich dazu geäussert haben.

Aktuelle Berechnungen stammen von Adam Kucharski, Mathematiker und Epidemiologe an der London School of Hygiene & Tropical Medicine. Demnach beträgt die Sterberate über alle Altersgruppen 1,1 Prozent bei Fällen mit Symptomen. Wenn man auch die Fälle ohne Symptome einbezieht, sind es 0,5 Prozent. Bei jüngeren Personen nehme der Wert

ab (0,1 Prozent), bei älteren nehme er zu (5 bis 10 Prozent).

**INKUBATIONSZEIT & SYMPTOME.** Die Inkubationszeit des neuen Coronavirus, das heisst die Zeitspanne zwischen der Ansteckung und dem Auftreten der ersten Symptome, beträgt etwa 3 bis 7 Tage. Sie kann jedoch bis zu 14 Tage dauern. Im Schnitt beträgt sie 5,5 Tage. Die häufigsten Symptome sind Fieber, Husten und Müdigkeit. Ebenfalls möglich sind Komplikationen wie eine Lungenentzündung. Einige Erkrankte haben auch Probleme mit der Verdauung oder den Augen (Bindehautentzündung). (mjk)

**MEHR DAZU:**  
 ● Aktuelle Infos des Bundesamtes für Gesundheit: [rebrand.ly/bag-corona](https://rebrand.ly/bag-corona)  
 ● Der Coronavirus in 17 Grafiken auf NZZ online: [rebrand.ly/nzz-corona](https://rebrand.ly/nzz-corona)  
 ● Alles zum Ausbruch des Coronavirus auf Tages-Anzeiger online: [rebrand.ly/tagi-corona](https://rebrand.ly/tagi-corona)

FOTO: KEYSTONE, SCIENCE PHOTO LIBRARY, PEXAVY

er ein Konjunktur-Ankurbelungsprogramm vorbereitet. Dies vor allem in den Bereichen sozialer Umbau und Kaufkraft.

**Und wer soll das alles bezahlen?**

Der Bund hat letztes Jahr 3 Milliarden Franken vorwärtsgebracht, er ist massiv entschuldet. Er kann via Negativzinsen zu Geld kommen. Und auch die Situation in den Kantonen ist derzeit günstig. Zudem wird die Schweizerische Nationalbank Bund und Kantonen jetzt 2 Milliarden Franken mehr ausschütten als andere Jahre. All das dürfte reichen.

**Sie wollen die Nationalbanküberschüsse doch bereits für die Sanierung der AHV?**

Hören Sie, die Schweizerische Nationalbank sitzt auf 86 Milliarden Franken Ausschüttungsreserven, die sie gar nicht hätte aufstocken dürfen. Denn die Verfassung verlangt, dass sie die Gewinne immer grad wieder ausschütten muss. Ein grosser Teil dieses Milliardenbergs und der künftigen Gewinne müssen dann in die AHV.

**Sie waren in Sachen Corona-Krise zusammen mit den Arbeitgebern an einem runden Tisch bei Bundesrat Parmelin? Was hat er gebracht?**

Im Moment noch nichts. Wir waren die einzigen, die Herrn Parmelin ein Papier mit zahlreichen konkreten Forderungen überreicht haben. Die betroffenen Branchenvertreter haben zwar in Rich-

tung unserer Forderungen geredet. Doch einige ideologisierten vor allem gegen staatliche Massnahmen. Sie nahmen offenbar nur am runden Tisch teil, um dafür zu sorgen, dass der Bund untätig bleibt. Schon bald werden allerdings jene, die sich jetzt so positionieren, als die erscheinen, die sie sind: als Ideologen, die von den Ereignissen überrumpelt wurden und die hoffnungslos gefangen sind in ihrer Staatsfeindlichkeit.

**Und was wollen Sie dagegen tun?**

Die Realität wird diese Herrschaften schnell einholen. Sie werden ihre Positionen revidieren. Und die neoliberale Ideologie wird hoffentlich das am wenigsten zu bedauernde Opfer der Corona-Epidemie sein!



# Corona bringt Daniel Koch (64) nicht um den Schlaf Der oberste Viren-Bändiger der Eidgenossenschaft

**Niemand steht zurzeit so sehr im Rampenlicht wie Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit. Epidemien hat Mr. Corona aber schon früher bewältigt – und noch viel Schlimmeres erlebt.**

JONAS KOMPOSCH

Mal muss er mahnen, dann wieder entwarnen, und das tagtäglich, und zwar gleich mehrmals. Denn mit dem Ausbruch des neuen Coronavirus ist er zum gefragtesten Mann der Schweiz geworden: Daniel Koch (64), Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). Er ist der oberste Viren-Bändiger der Eidgenossenschaft und befasst sich normalerweise mit Gefahren, an die sich die Gesellschaft längst gewöhnt hat. Mit der Grippe etwa, mit den Masern, der Zecken-Borreliose oder dem HIV.

Doch jetzt gilt Kochs Aufmerksamkeit ganz dem Covid-19. Beinahe rund um die Uhr überwachen er und sein Team die Ausbreitung des Virus in der Schweiz und analysieren dazu noch die globale Situation, beraten sich mit Bundes-, Kantons- und internationalen Behörden, wägen sorgfältig ab und fällen die notwendigen Entscheide. Und dann tritt Dr. Koch wieder vor die Kameras – auch in fast kniehohen Winterstiefeln, wenn es eilt. Und informiert die Öffentlichkeit in gewohnt souveräner Art, in ruhigem Ton und mit geschliffenen Antworten. Wer aber ist der mittlerweile berühmteste Bundesbeamte, dieser «Mann mit Glatze» («Tages-Anzeiger»), dieser «Mr. Corona» («10 vor 10»), dieser «Marathon-Mann» («Blick»)? Und woher nimmt er seine Coolness? work hat nachgefragt.

## MITTEN IM KRIEG

«Ich bin von Natur aus keine ängstliche Person», sagt Koch im Gespräch mit work. Doch sein Auftreten habe sicher auch mit seinem Werdegang zu tun. Nach dem Medizinstudium in Bern und seiner Zeit als gynäkologischer Assistenzarzt im Wallis arbeitete Koch nämlich 15 Jahre lang für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK). Seinen ersten Einsatz in einem Kriegsgebiet hatte der junge



**MISTER CORONA: Daniel Koch mit seiner Boxerhündin Akira, mit der Koch «Canitrail» betreibt.** FOTO: ZVG

Mediziner Ende der 1980er Jahre. Er wurde nach San Salvador geschickt, in die Hauptstadt des zentralamerikanischen Landes El Salvador. Dort hatte sich der Konflikt zwischen Militärregime und linker Opposition zu einem blutigen Bürgerkrieg entwickelt.

Koch erinnert sich: «Kurz nachdem ich dort angefangen habe, hat die Guerrilla die halbe Stadt eingenommen, und es kam zu Massakern.» Umso mehr brauchte es nun Leute wie ihn. Kochs Aufgabe war es, die Hilfsgüterversorgung zu koordinieren und eine minimale Gesundheits-

versorgung sicherzustellen. Und schon damals war auch Kommunikation ein Metier des Arztes. Koch sagt: «Wir standen in ständigem Kontakt mit der Guerrilla wie auch mit dem Militär.»

Anfang der neunziger Jahre folgte die Verlegung nach Sierra Leone. Dort sei es am schlimmsten gewesen. «Es war ein Bürgerkrieg mit Kindersoldaten, in dem auch Hände abgehackt wurden.» Die omnipräsenten Kriegsgreuel seien sehr prägend gewesen. Doch Koch blieb dem IKRK treu. Es folgten weitere Einsätze für Flüchtlinge in Uganda, dann in Apartheid-Süd-

afrika und mehrmals auch in Peru, wo sich die Regierung und die Aufständischen des Sendero Luminoso mit Terror zu überbieten versuchten. Ob er jemals selbst in Lebensgefahr geraten sei? Koch sagt sec: «Das IKRK arbeitet immer in gefährlichen Kontexten.»

## INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Gefahr ist auch jetzt wieder im Verzug. Doch für Koch ist es nicht die erste Krisensituation in seinen 18 Jahren beim BAG. Er hat schon die Sars- und die Vogelgrippe-Epidemie betreut. Und dennoch warnt er: «Das Problem wird sich weiter verschärfen. Die Welle kommt.» Jetzt gehe es darum, dem Virus möglichst wenig Gelegenheit zu geben, Schäden anzurichten. Deshalb müssten ganz besonders ältere Personen geschützt werden.

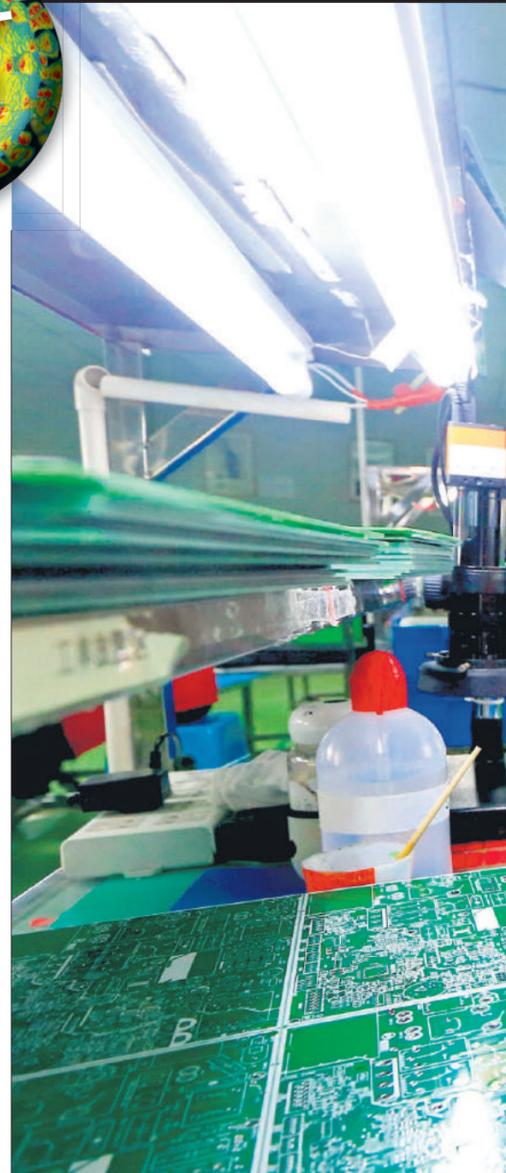
Wichtig sei auch die internationale Solidarität. Denn: «Die Gesundheitsprobleme der Welt können nicht von einzelnen Ländern allein gelöst werden.» Panik und unnötiger Aktivismus seien dagegen fehl am Platz. Daher lobt Koch

## «Panik und unnötiger Aktivismus sind fehl am Platz.»

DANIEL KOCH, BAG

das Verhalten der Schweizer Bevölkerung: «Sie bewahrt Ruhe, nimmt unsere Massnahmen ernst und setzt sie vorbildlich um.»

Und er selbst? Findet der Mann der Stunde überhaupt noch Zeit für Erholung? Woher nimmt er diese Energie? «Einen Zauberkranke habe ich nicht.» Aber: «Schlafmangel versuche ich zu verhindern», sagt er, «denn das hilft überhaupt niemandem!» Für Entspannung sorgen auch die beiden Boxerhunde Akira und Biba Bella. Mit ihnen betreibt der passionierte Hündler «Canitrail», einen Laufsport, bei dem der angeleitete Vierbeiner das Tempo vorgibt. Dafür hat Koch aber erst ab dem 13. April wieder Zeit. Dann feiert der Vater von zwei erwachsenen Töchtern und unlängst auch Grossvater nämlich seinen 65. Geburtstag – und seine Pension. «Aber», sagt Koch, «ich gehe nicht, wenn es mich weiterhin braucht.»



**VERWORREN: Ist Chinas Wirtschaft geschwächt, leidet**

# Wegen des Corona Extrem schnell

**Wie ein Virus aus Zentralchina die Weltwirtschaft auf Talfahrt schickt und Millionen von Jobs bedroht. Und warum.**

CLEMENS STUDER

**7. Januar:** Nach einer Welle von Lungenentzündungen mit unbekannter Ursache in der zentralchinesischen Provinz Hubei identifizieren die chinesischen Gesundheitsbehörden ein neuartiges Coronavirus als Verursacher. Sie riegeln die Gegend um die 11-Millionen-Metropole Wuhan rigoros ab.

Das Verwaltungsgebiet Wuhan ist eine Industriemetropole und erwirtschaftete 2014 ein Bruttoinlandprodukt von über 230 Milliarden Dollar. Als eigenes Land gehörte Wuhan damit zu den 50 grössten Volkswirtschaften der Welt. Millionen Schiffscontainer gehen von hier in die ganze Welt. Trotz rabiater Eingreifen der Behörden verbreitet sich das Virus auch ausserhalb der Region und greift auf andere asiatische Länder über. Es bekommt den Namen «2019-nCoV». Die Produktion in Wuhan kommt praktisch zum Stillstand. Und auch in anderen Gegenden kommt es zu Produktionseinschränkungen und gar Stillständen.

**23. Januar:** Der eingesetzte Notfallschuss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt zum Schluss: «Dies ist eine Notlage in China, aber noch keine globale Notlage. Es kann aber durchaus noch dazu werden.» Die Weltgesundheitsorganisation sollte recht bekommen. Im Lauf des

# Corona-Forschung: US-Wissenschaftler gelingt ein grosser Schritt Unser Genosse Nobelpreisträger macht's möglich

**US-Forschende entdecken das Übertragungsprotein des Coronavirus – dank einer Erfindung des Schweizer Chemie-Nobelpreisträgers Jacques Dubochet (77).**

CLEMENS STUDER

Weltweit arbeiten Forscherinnen und Forscher mit Hochdruck an der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen das aktuelle Coronavirus. Ein wichtiger Schritt ist dabei Wissenschaftlern der University of Texas in Austin USA gelungen. Sie entdeckten das «Spike»-Protein des Coronavirus Sars-CoV-2. Warum ist das wichtig? Um in menschliche Zellen eindringen zu können, muss das Virus mit einem seiner Oberflächenproteinen an die Zelloberfläche andocken können. Und ebendieses Protein konnten die texani-

schon Forschenden jetzt entschlüsseln. Je besser die Eigenschaften eines Spike-Proteins bekannt sind, desto gezielter können Medikamente und Impfstoffe entwickelt werden.

**GEFRIERGETROCKNET.** Zentral für die schnelle Entdeckung war der Einsatz von Kryo-Elektronenmikroskopie. Diese Methode hat der Waadtländer Biophysiker Jacques Dubochet entwickelt. Der Sozia-

**Es ist das erste Mal, dass Dubochets Erfindung konkret angewendet wurde.**

list, Klimaaktivist, Gewerkschafter und Professor an der Uni Lausanne erhielt für seine Forschungen 2017 neben Richard Henderson und Joachim Frank den Chemie-Nobel-

preis. Bei der Kryo-Elektronenmikroskopie werden die Proben im Unterschied zur traditionellen Elektronenmikroskopie vor der Untersuchung quasi gefriergetrocknet und können damit exakter beobachtet werden. Dank dieser Methode gelang es den US-Forschenden jetzt, die dreidimensionale Struktur des für die Bindung an die Zelle wichtigen Teils des Spike-Proteins erstmals mit atomgenauer Auflösung abzubilden.

**ÜBERRASCHT.** Sie veröffentlichten ihre Erkenntnisse im US-Wissenschaftsmagazin «Science». Und Jacques Dubochet war der erste, der überrascht war, dass sein Name jetzt mit der Coronavirus-Forschung verbunden ist. Das sagte er dem Westschweizer Fernsehen RTS. Und: «Die Leute in Stockholm haben erkannt, dass die Kryo-Elek-



**JACQUES DUBOCHET: Schweizer Biophysiker.** FOTO: KEYSTONE

tronenmikroskopie revolutionär ist, ein Wendepunkt, hier ist ein Beispiel.» Laut RTS ist dies das erste Mal, dass die Kryo-Elektronenmikroskopie derart konkret angewendet wurde.



die ganze Weltwirtschaft. Arbeiterin in einer Elektronikfabrik in der chinesischen Provinz. FOTO: GETTY

# Coronavirus: Droht eine Weltwirtschaftskrise?

## Weltweit vernetzt, extrem schnell verletzt

Februars kommt das Virus definitiv und auf immer breiterer Front in Europa an.

**9. März:** Die Regierung erklärt ganz Italien zur Sperrzone. Die Tage davor waren erst die Provinzen im wirtschaftsstarke Norden abgesperrt. Die Börsen weltweit tauchen brutal im Corona-Crash. In der Schweiz verlieren die Aktien so stark wie nie mehr seit der Aufhebung des Frankenmindestkurses 2015. Die UBS – immerhin unter anderem die weltgrösste Vermögensverwalterin – ist gerade noch einen Jahresgewinn der grössten US-Handelsbank JP Morgan wert: nämlich 32 Milliarden Franken.

**10. März:** Am Abend beschliesst die EU-Kommission in einer Videokonferenz, einen mit 25 Milliarden Euro dotierten Fonds zur Bekämpfung des Virus und zur Unterstützung der unter den Folgen der Epidemie leidenden Wirtschaft. Zuvor hatte unter anderem bereits Deutschland ein milliardenschweres Konjunkturprogramm beschlossen.

Das sind vier von vielen Daten aus den vergangenen zweieinhalb Monaten. Sie stehen stellvertretend dafür, wie ein neues Virus aus Zentralchina plötzlich die Weltkonjunktur massiv bedroht. Und damit Millionen von Arbeitsplätzen.

Auf Produktionsseite: In der globalisierten Wirtschaft werden Komponenten zum Beispiel in der Maschinenindustrie oder in der Autoindustrie dort beschafft, wo sie am günstigsten produziert werden. Das ist oft in Asien. Vieles, was dann zum Beispiel in der Schweiz verbaut wird, wird importiert. Das sind die vielzitierten «Lieferketten». Wenn nun ein Lieferant aus-

fällt – weil die Produktion stockt, oder der Transport nicht mehr klappt –, steht irgendwann auch die Produktion in der Schweiz still. Weil Maschinen nicht fertiggebaut werden können. Wenn neue Lieferketten aufgebaut werden müssen, sind diese meist teurer (sonst gäbe es sie ja schon). Oder es gibt gar keine entsprechenden Kapazitäten, weil die Produktion bereits global ausgelagert wurde. Ein Beispiel: Monitoren werden weltweit zum grössten Teil in asiatischen Fabriken gefertigt. Fehlen diese, kann zum Beispiel eine Maschine nicht

**Wenn Chinas Wirtschaft eine Krise hat, ist diese rasch global.**

fertiggebaut werden, selbst wenn alle andere Teile vorhanden sind.

Auf Verkaufsseite: Einerseits ist China ein grosser Absatzmarkt für Industriegüter aus den westlichen Industrienationen. Wenn Chinas Wirtschaft eine Krise hat, ist diese rasch global. Und dann brechen Investitionen und Konsum auch in anderen potentiellen Absatzmärkten ein.

### EXTREM VERNETZT

Die Schweiz ist eine Exportnation. Darum steckt sie sich schnell an, wenn in den wichtigen Absatzmärkten die Konjunktur lahmst. Und die Schweiz hat eine extrem globalisierte Wirtschaft. Wenn in Deutschland etwa die Autoproduktion stockt, können die hiesigen Zulieferfirmen weniger Komponenten liefern. Das heisst: Die Wirtschaft ist in grossem Ausmass auf Importe angewiesen. So kommt zum Beispiel ein grosser Teil der Grundprodukte der für die Schweizer Wirtschaft zentralen

Pharmaindustrie aus Indien. Verkürzte Folge: Fällt in den indischen Fabriken die Produktion aus, werden hier Medikamente knapp. Das hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben.

### BINNENKONJUNKTUR STÄRKEN

In Zeiten, in denen der Export leidet, ist es verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik, die Wertschöpfung und den Konsum im Inland zu stärken. Durch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Oder durch Investitionen in Bildung und Gesundheit. So wie es etwa die deutsche Regierung diskutiert. In der Schweiz sträubt sich der Bundesrat noch (siehe Interview mit SGB-Chef Pierre-Yves Maillard, Seite 7)

**workfrage:**  
**Muss der Bundesrat jetzt ein Konjunkturprogramm für die Schweiz lancieren?**

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!

Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



**work**  
**kommentar**  
Clemens Studer

## MUMMENSCHANZ UND AFFENTANZ

Am 22. Februar sagte der ehemalige Berner Immunologieprofessor Beda Stadler in der «Weltwoche»: «Wer als Gesunder mit einer Maske herumrennt, ist bloss ein Faschnächtler.» Heute muss man ergänzen: oder Magdalena Martullo-Blocher. Die SVP-Nationalrätin und EMS-Besitzerin kreuzte an der Session mit einer Schutzmaske aus ihrem Betrieb im Parlament auf. Wurde gerüffelt und machte mediales Theater.

**AFFENTANZ.** Und es ist ja schon fast zum Lachen: ausgerechnet die Erbprinzessin der SVP macht Mummenschanz. Also eine zentrale Vertreterin der «In der Schweiz zeigen wir Gesicht»-Schwadro-



FOTO: KEVSTONE

**SVP-Magdalena Martullo-Blocher kreuzte an der Session mit Schutzmaske auf.**

neure, Burka-Hysteriker und der Schulhandschlag-Fetischistinnen. Immerhin: Noch ist wenigstens der ansonsten gerne verhaltensoriginelle Aargauer Andreas Glarner noch nicht unter seinem Stein hervorgekrochen. Aber gut möglich, dass er noch einen Zusammenhang findet zwischen der Corona-Epidemie und seiner Dauerforderung «Cervelatpflicht an der Volksschule». Aber das «Grenzen schliessen» ist natürlich schon gekommen, da fiel vielen Menschen in der Schweiz zum Stichwort «Corona» bloss ein überschätztes mexikanisches Leichtbier ein. Weil: «Grenzen schliessen» kommt bei Rechten immer gut. Bei jeder Problemstellung: abschotten, ausgrenzen und einbunkern.

**ABRIEGELN.** Nicht nur in der Schweiz. Das «stabile Genie» Trump, der US-Präsident, setzt auch darauf. Und auf seine Expertise. Ärzte, so sagt er, hätten ihn gerühmt, «weil ich so viel zum Thema weiss». Östlich der Schweiz macht der rechte Posterboy Sebastian Kurz, der neuerdings von den Grünen im Amt gehalten wird, die Grenzen zu Italien dicht. Gut möglich, dass der Bundesrat das – je nach weiteren Entwicklungen – auch machen muss. Mit allen massiven Folgen für die Tessiner Wirtschaft. Und vor allem auch für das Tessiner Gesundheitswesen. Wenn er es tut, dann kann er das aufgrund des Epidemiegesetzes, das am 22. September 2013 vom Volk angenommen wurde. Und das sich bis jetzt in der Corona-Krise bewährt hat. Bekämpft wurde es im Abstimmungskampf übrigens von der SVP im Verbund mit esoterischen Verschwörungstheoretikern.

**ABSAGEN.** SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi wollte gar die Session abbrechen. Angeblich zum Gesundheitsschutz. Aber eigentlich, weil er hoffte, so die Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte bis nach der Abstimmung über die Kündigungsinitiative zu verzögern. Doch natürlich hat die Corona-Epidemie massiven Einfluss auch auf das politische Leben. Unterschriftensammlungen werden schwieriger, Demos stehen auf der Kippe, Parteiversammlungen müssen abgesagt werden. So wird die SVP erst im Herbst einen neuen Präsidenten bekommen. Und die SP steht kurz davor, ihren Parteitag von Anfang April ebenfalls zu verschieben. Und vielleicht ist schon vieles noch einmal ganz anders, wenn dieses work erscheint. Wahrlich, es sind turbulente Zeiten. Und eigentlich keine für Mummenschanz und Affentanz.

## Niederlande & Deutschland Mindestlöhne rauf!

Gewerkschafterin Linda Vermeulen will den Tieflohnskandal in den Niederlanden beenden. Sie sagt: «Jetzt geht es nicht mehr nur um einige Cents. Jetzt wollen wir eine Lohnwende erreichen!» Vermeulen arbeitet bei der grössten niederländischen Gewerkschaft FNV und ist verantwortlich für den Detailhandel. Sie sagt selbstkritisch: «Zu lange haben sich die Gewerk-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

schaften in Lohnmässigung geübt.» Und tatsächlich: in den Gesamtarbeitsverträgen wurde meist noch knapp die Teuerung ausgeglichen. Gleichzeitig rutschte der gesetzliche Mindestlohn in die Tiefe. Er liegt nur noch bei 47 Prozent des Mittelwerts aller Löhne. Heute gibt es in den Niederlanden gegen zwei Millionen Menschen, die mit einem Niedriglohn leben müssen. Diesen Zustand greifen Linda Vermeulen und ihre Gewerkschaft jetzt frontal an. Mit einer mehrjährigen Lohnkampagne.

**KOMMT GUT AN.** «Steh auf für 14 Euro!» So lautet das Motto der FNV-Kampagne. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 60 Prozent des Mittelwerts aller holländischen Löhne rauf – dieser Ansatz wird in ganz Europa immer mehr zur Norm. Denn tiefere Mindestlöhne decken kaum das Existenzminimum, und der Staat muss mit Sozialzuschüssen draufzahlen, auch in den Niederlanden. Die Forderung kommt bei den Leuten deshalb sehr gut an.

**ERFOLG BEI McDONALD'S.** Auch in Deutschland ist wieder Bewegung an der Mindestlohnfront entstanden. Der deutsche gesetzliche Mindestlohn ist noch etwas tiefer als der niederländische. Deshalb verlangt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) jetzt: Der Stundenlohn müsse mindestens auf 12 Euro rauf. Sozialdemokraten, Grüne und Die Linke vertreten die gleiche Position. Aber die Arbeitgeber und die CDU/CSU legen sich quer. Nicht mehr warten mochten da die Angestellten von McDonald's, Starbucks und anderer sogenannter Systemgastronomie. Ihr Einstiegslohn liegt bei 9,50 Euro. Als der Tarifvertrag ausliefe, streikten die Beschäftigten mit der deutschen Gewerkschaft Nahrung und Gaststätten (NGG). Die unerwarteten Kampfmassnahmen kratzten am Lack von Starbucks und McDonald's und liessen diese einlenken. Der neue Tarifvertrag legt nun fest, dass der tiefste Stundenlohn in grösseren Schritten erhöht wird und Ende 2023 die geforderten 12 Euro erreicht.



**Neues Coronavirus: FAQ**  
Das neue Coronavirus trifft auch die Arbeitswelt. Was gilt, wenn ein Betrieb schliessen muss oder mein Kind krank ist? Erhalte ich Lohn, wenn ich in Quarantäne stecke? Darf mich der Arbeitgeber in Krisengebiete schicken? Wir beantworten die wichtigsten Fragen. Zu den FAQ: [www.unia.ch/coronavirus](http://www.unia.ch/coronavirus)

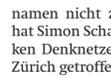
## Reclaim Democracy II: Arbeiten für Amazon, Uber & Co. «Mit guten Ideen lässt sich jede Branche organisieren»

**Konzerne wie Amazon oder Uber rekrutieren gezielt Migrantinnen und Migranten, ja sogar Asylsuchende. Weil sie sich weniger wehren können. Das ist ein Problem für die Gewerkschaften, aber kein unüberwindbares.**

CHRISTIAN EGG

Simon Schaupp (31) ist Soziologe an der Universität Basel. Er erforscht Arbeitskämpfe bei «algorithmischen» Arbeitsverhältnissen. Das sind Firmen wie Uber, Amazon oder die Velolieferdienste Foodora oder Notime, die die Mitarbeitenden durch eine App steuern und kontrollieren (siehe Artikel unten).

Konkret hat Schaupp zwei Firmen in Deutschland untersucht: einen grossen Onlineversandhändler und einen Essenskurier, für den er im Rahmen seiner Forschung auch ein halbes Jahr per Velo unterwegs war. Um welche Firmen es sich handelt, sagt er nicht: Er habe für die Studie auch Vertreter von Unternehmen interviewt und denen zuzuhören müssen, die Firmen-namen nicht zu veröffentlichen. work hat Simon Schaupp am Kongress des linken Denknetzes Reclaim Democracy in Zürich getroffen.



Simon Schaupp.

**work: Simon Schaupp, Sie haben einen Versandhändler und einen Essenskurier untersucht. Wer arbeitet in diesen Betrieben?**  
**Simon Schaupp:** Etwa ein Viertel sind Studierende. Drei Viertel sind aber Migrantinnen und Migranten, die allermeisten kommen von ausserhalb Europas. Der Versandhändler hat auch Menschen beschäftigt, die in Deutschland Asyl beantragt haben.

**Dürfen die denn arbeiten?**  
In Deutschland gibt es die besonders perfide Regelung, dass für diese Menschen ein generelles Arbeitsverbot herrscht und dann aber Ausnahmen geschaffen

werden, so dass sie nur in einem einzigen Betrieb arbeiten dürfen. In einigen Asylzentren führen jeweils am Morgen Busse vor, brachten die Menschen ins Verteilzentrum des Onlineversandhändlers und am Abend wieder zurück.

**Und diese Asylsuchenden und Migrantinnen können sich wohl fast nicht wehren?**

Richtig – und das ist gewollt. Diese Arbeitskräfte sind billiger und erst noch einfacher zu disziplinieren, weil die Arbeit für sie mit der Aufenthaltsbewilligung verknüpft ist. Deswegen müssen sie die schlechten Löhne und auch sonst jede Erniedrigung hinnehmen.

**Sind diese Jobs wenigstens ein Einstieg in den Arbeitsmarkt?**

Nein. Es gibt keine Aufstiegschancen. Die Leute in der Verwaltung sind keine ehemaligen Kurier, sie haben eine ganz an-

**«In den Asylzentren führen Busse vor und brachten die Menschen ins Verteilzentrum.»**

dere Karriere gemacht. Die Kurierere können auch kein Netzwerk aufbauen, das ihnen helfen würde, später einen anderen Job zu finden.

**Und was tun da die Gewerkschaften?**  
Auf Anhieb ist es schwer, einen solchen Betrieb gewerkschaftlich zu organisieren. Das hat mit der prekären Aufenthaltssituation der migrantischen Mitarbeitenden zu tun. Die geben permanent 300 Prozent Einsatz, damit sie im Land bleiben können. Das wiederum verunsichert die deutschen Beschäftigten – sie erscheinen im Vergleich als besonders



FOODORA-KURIER: Schlechter Lohn, keine Aufstiegschancen.

FOTO: KEYSTONE

faul. So entsteht eine Spaltung im Betrieb. Bei dem Versandhändler, den ich untersucht habe, ging das so weit, dass sich die migrantischen Arbeiter nicht einmal trauten, sich mit Gewerkschaftern sehen zu lassen.

**Die Treffen mussten also ausserhalb des Betriebs stattfinden?**

Genau. Die Gewerkschaft organisierte aber auch ein Fussballturnier. Das hat die Migranten und die Deutschen zusammengebracht und war die Basis für eine gemeinsame Organisation.

Beim Velolieferdienst, den ich untersucht habe, kamen einige Kurierere aus Südamerika und hatten dort im Bergbau bereits Arbeitskämpfe ausgefochten. Von ihren Erfahrungen konnte dann die ganze Belegschaft lernen. Denn die Studierenden hatten keine Erfahrung damit, sich zu wehren. Zudem hat sich die Gruppe nicht nur um Arbeitsbelange gekümmert, sondern auch um migrationsrechtliche Fragen. Die Kurierinnen und Kurierere haben sich da gegenseitig unterstützt, etwa bei Behördengängen oder beim Ausfüllen von Formularen. Dadurch entstanden stabile gewerkschaftliche Strukturen. Und es gab Erfolge: So haben die Mitarbeitenden in dem Unternehmen Betriebsräte erkämpft sowie Entschädigungen für die Velos und die Handys. Diese Beispiele zeigen: Jede Branche lässt sich organisieren. Die Gewerkschaften müssen nur gute Ideen haben.



MEHR ALS KOHLE: Ein Arbeiter hält ein Braunkohlebrickett der Sorte Rekord in den Händen. Das L steht für Lausitz, eine Region im Nordosten Deutschlands.

Um den Klimakollaps zu vermeiden, muss Deutschland aus der Kohleproduktion aussteigen. Doch Kohle bedeutet in der Lausitz Arbeit, bedeutet Identität. FOTO: KEYSTONE

## Reclaim Democracy I: Gewerkschaften und Klimapolitik Raus aus der Kohle! Aber richtig.

**Die Energiewende ist nur zu schaffen, wenn sie nicht auf dem Buckel der sozial Schwächeren stattfindet. Davon sind Dore Heim vom SGB und Tazio Müller von der Rosa-Luxemburg-Stiftung überzeugt.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Ich will jetzt endlich mal gewinnen!» ruft Tazio Müller durch den gut besuchten Clubraum der Roten Fabrik, am Reclaim-Democracy-Kongress. Der Deutsche Klimaaktivist und Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung (der Parteistiftung von Die Linke) will endlich griffige Massnahmen für den Klimaschutz. Was zu tun ist, sei hinlänglich bekannt: Um den Klimakollaps zu vermeiden, müssten wir den gesamten Energiesektor auf 100 Prozent erneuerbar umstellen. Und zwar so schnell wie möglich. «Aber wer zum Teufel tut es?»

An der letzten Klimakonferenz in Madrid wurde viel darüber diskutiert, wer noch wie viel CO<sub>2</sub> ausstossen darf (Emissionshandel). «Doch das bringt nichts», sagt Müller. «Was wir brauchen ist Klimagerechtigkeit.» Denn unter der Klimahriftung leiden global betrachtet nicht die Versucherinnen und Profiteure im globalen Norden, sondern die Menschen in den Ländern des globalen Südens. So könne sich beispielsweise Holland vor dem steigenden Meeresspie-

gel schützen, Bangladesh hingegen nicht. Dore Heim, beim SGB zuständig für Energiepolitik und den Service public, präzisiert: «Die Folgen der Klimaerwärmung sind auch hier in der Schweiz bereits fühlbar. Zum Beispiel für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Bau oder in der Pflege.»

**VERLUST DER IDENTITÄT**

Deshalb ist eine zentrale Forderung der Klimabewegungen die Klimagerechtigkeit. Denn Umweltprobleme wurden und werden nicht gelöst, sondern auf sozial schwächere Gruppen verlagert. Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, braucht es also eine gesellschaftliche Machtverschiebung. Klimaaktivist Müller sagt: «Doch diese sehr richtige und dringende Forderung nach Klimagerechtigkeit ist auf globaler Ebene momentan nicht umsetzbar.» Deshalb bringe die Diskussion über die Verteilung der Emissionsrechte nichts. Was es wirklich brauche für die Energiewende, sei ein gesellschaftlicher Wandel, bei dem ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt würden. Um diesen Wandel herbeizuführen, brauche es ein möglichst breites Bündnis der progressiven Kräfte. Dazu gehören Politikerinnen und Politiker, Klimajugendliche, Arbeiterinnen und Arbeiter.

Für Deutschland bedeute die Energiewende in einem ersten Schritt der Ausstieg aus der Braunkohle. Denn Deutschland braucht zur Stromgewinnung Kohle. Sehr viel Kohle: Das Land ist die weltweit führende Kohleschleuder. Aber: «Für viele Menschen zum Beispiel in der nordöstlichen Region Lausitz war der Braunkohleabbau die einzige



DORE HEIM: «Zusätzliche Klimaabgaben müssen rückerteilt werden.»

Chance auf gutbezahlte Arbeit.» Und nicht nur das: «Ich habe mit Leuten gesprochen, die ein Berufsleben lang in der Lausitz Kohle gefördert haben. Diese Leute verlieren nicht nur ihren Job, sondern auch ihre Identität!» Das Alterna-

**Gerade die Arbeitenden mit den schlechtestbezahlten Jobs sind bereit, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.**

tivangebot: ein Job in einem Amazon-Logistik-Zentrum... (siehe Artikel links unten). Eine ganze Region verliere ihre Identität. Um das Ausmass des Umbaus an Schweizer Verhältnissen aufzuzeigen, macht SGB-Frau Heim ein Gedankenspiel: «Das wäre so, wie wenn man den Gemüseanbau im Seeland verbieten würde. Da geht es nicht nur um die finanzielle Existenz, sondern auch um das kulturelle Selbstverständnis einer ganzen Region.»

Wie lassen sich nun diese verschiedenen Interessen unter einen Hut bringen? Für Heim ist klar: «Um die Energie-

wende zu schaffen, brauchen wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Neue und zusätzliche Abgaben müssen rückerteilt werden, um die steigende Last von Mieten und Krankenkassenprämien abzufedern.» Auch sollte der Wechsel von einer Ölheizung auf eine ökologische Lösung keinen Einfluss auf die Mieten haben dürfen. Und: Die Schweiz habe zwar keinen Braunkohlestrom, jedoch durch Güter- und Personenverkehr, durch das Heizen und auch in der Landwirtschaft einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss (4,31 Tonnen pro Kopf). Die CO<sub>2</sub>-Reduktion solle deshalb auch über technologische Vorschriften und strengere Emissionsziele erreicht werden. Schliesslich hätte man sich bis vor wenigen Jahren in der Roten Fabrik im Zigarettendunst unterhalten, und jetzt sei die Sicht klar. Dasselbe gelte für die Autogurten, die mittlerweile eine breite soziale Akzeptanz haben. Verbote könnten also durchaus ein effizientes Mittel sein.

**VIELE IDEEN**

Und SGB-Frau Heim weiss: «Schon jetzt nehmen viele Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schweiz die Klimaerwärmung sehr ernst.» Und gerade diejenigen mit den schlechtestbezahlten Jobs seien bereit, einen Beitrag zu leisten. So hätten Reinigungsfachfrauen an einem Workshop des Verkehrspersonals ganz rasch sehr viele Ideen genannt, um ihre Arbeit klimaschonender zu gestalten.

Auch zahlreiche Wortmeldungen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Publikum machen klar: Der Klimaschutz ist auch ihnen ein Anliegen, und nicht erst seit der Klimajugend. Aber jetzt mit der Klimabewegung zusammen.



la suisse existe  
Jean Ziegler

## VERBRECHEN AM EVROS

Es gibt Bilder, die bleiben im Gedächtnis haften. Jenes Bild zum Beispiel des schwarzen Nato-Helikopters, der am Morgen des 5. März über die vom Regen durchnässten Felder vor der Grenzstation Kastanies im Norden Griechenlands fliegt. Im Helikopter sitzen die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, der Präsident des EU-Ministerrates, Charles Michel,

und David Sassoli, der Präsident des Europäischen Parlaments.

Auf den Feldern warten Zehntausende frierender, durchnässter, hungriger, verzweifelter Flüchtlinge in vor Schmutz starrender Kleidung. Seit zwei Tagen versuchen sie, an der Südgrenze Europas ein Gesuch für Asyl einzureichen.

**ERPRESSUNG.** Wie Feldherren in einem Krieg fliegen die drei EU-Verantwortlichen über die Menschenmassen.

Zurück in Athen, verkündet die elegante, erz-konservative EU-Präsidentin in gepflegtem Französisch: Die Grenzen zur Festung Europa würden nun permanent und definitiv geschlossen bleiben. Und die EU liefere drei zusätzliche Kriegsschiffe an Frontex, die EU-Grenzschutzbehörde, die im Ägäischen Meer die Gummi-boote der Flüchtlinge jagt.

In Nordgriechenland zieht der Fluss Evros die 272 Kilometer lange Territorialgrenze zwischen der Türkei und Griechenland. Pazarkule heisst der einzige Grenzübergang auf türkisch, Kastanies auf griechisch. Am westlichen Ufer des Evros patrouillieren Polizisten und Soldaten der griechischen Armee.

Was war geschehen? Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte am 3. März den 2016 mit der EU geschlossenen Vertrag aufgekündigt. Der Vertrag garantierte ihm 6 Milliarden Euro von der EU. Dafür verpflichtete er sich, die 3,6 Millionen in der Türkei gestrandeten Flüchtlinge gewaltsam an der Weiterreise zu hindern. Jetzt will Erdogan plötzlich massiv mehr Geld, und mit der Öffnung seiner Grenze erpresst er die EU. Die Flüchtlinge werden zu Zehntausenden mit Autobussen, die Erdögans Regierungspartei AKP stellt, an das Ostufer des Evros gefahren. Dort werden sie ausgeladen wie Vieh. Und stehen jetzt seit Tagen ein paar Dutzend Meter den schussbereiten griechischen Polizisten und Soldaten gegenüber. Eine furchterliche Tragödie ist im Gang.

**BETONKÖPFE IN BRÜSSEL.** Erste Verantwortliche sind die Betonköpfe in Brüssel. Ihre Grenzschliessung bedeutet die Liquidation des universellen Menschenrechtes auf Asyl. Wer in seinem Heimatland verfolgt wird, hat das Recht, in einem anderen Staat um Schutz nachzusuchen. Die Verweigerung der Möglichkeit, ein Asylgesuch zu deponieren, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und fällt in die Kompetenz des Internationalen Strafgerichtshofes.

Anmerkung: Ich erinnere an die von Amnesty International in der Schweiz in Zirkulation gesetzte Petition. Sie verlangt vom Bundesrat die sofortige Aufnahme von mindestens 200 unbegleiteten Flüchtlingskindern aus dem Gefangenenlager Moria auf der Insel Lesbos. Meine nochmalige Bitte: Unterschreiben Sie die Petition.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Soeben ist sein neuestes Buch über das Flüchtlingslager Moria in Griechenland erschienen: **Die Schande Europas.**

## Diesel-Schmuggel Zuger Firma im Fokus

Seit dem Sturz von Staatschef Muammar al-Gaddafi im Jahr 2014 herrscht in Libyen Chaos und blutiger Bürgerkrieg. Deshalb muss das eigentlich erdölreiche Land seinen Treibstoffbedarf durch Unmengen an Dieselimporten decken. Plünderer und Schmugglerbanden haben darin eine neue Goldgrube gefunden: Sie exportieren den subventionierten Billigdiesel einfach wieder nach Europa. Ein Millionengeschäft und Kriegsverbrechen. Involviert ist neben der sizilianischen Mafia mutmasslich auch die Zuger Treibstoffhandelsfirma Kolmar Group AG. Das besagt eine brandneue und hochbrisante Recherche von Public Eye. Gemäss der Schweizer NGO hat Kolmar auf Malta über zwanzig Schiffsladungen Diesel aus dem Bürgerkriegsland entgegengenommen und 11 Millionen Dollar an eine Handelsgesellschaft gezahlt, die von einem internationalen Schmugglernetzwerk kontrolliert wird.

Die ganze Public-Eye-Recherche gibt's auf [rebrand.ly/Diesel](http://rebrand.ly/Diesel).

## Spiel & Spass Tyrannen- Quartett

Wer hat mehr Menschen auf dem Gewissen? Wer hat sein Volk am längsten gebeutelt? Und wer hat sich am dreitesten bereichert? Diese Fragen treibt um, wer das legendäre Tyrannen-Quartett spielt. Denn in diesem Spiel konkurrieren auf 32 Karten die übelsten Diktatoren und Despoten der Weltgeschichte. Sachgerecht kategorisiert sind diese in Faschisten wie General Franco, Monarchen wie Zar Nikolaus II. oder Kommunisten wie Pol Pot. Aber auch Kleptokraten, Militärs, US-Marionetten und religiöse Eiferer unterdrücken um die Wette. Ein historisch aufschlussreicher Spass für Familien mit Sinn für schwarzen Humor. Aber Achtung vor Stalins Stich und Hitlers Blitztrumpf!



**Tyrannen-Quartett I bis IV.** CHF 13.50 pro Kartenset. Zu bestellen auf [rebrand.ly/Tyrannen](http://rebrand.ly/Tyrannen).

## Geheimdienste Terror in Europa

Jahrzehntlang konnte die CIA die verschlüsselte Kommunikation von über 100 Regierungen mitlesen. Das ist seit der Affäre um die Zuger Crypto AG bekannt. Beim Schnüffeln allein liess es der US-Geheimdienst aber nicht bewenden. Schon 1948 begannen die USA damit, in Westeuropa bewaffnete Untergrundstrukturen aufzubauen. Im Falle einer kommunistischen Machtübernahme sollten diese aus dem Innern heraus einen Guerrillakrieg entfachen. Erst im Jahr 1990 flog in Italien die Organisation «Gladio» auf – und mit ihr ein europaweites, von der Nato kontrolliertes Netzwerk von Militärs, Geheimdiensten und Rechtsextremisten. Dieses hielt sich alles andere als im Hintergrund, sondern griff aktiv in die Politik ein. Mindestens in Italien auch mit gezielten Morden, Putschversuchen und sogar mit Terroranschlägen. Diese dunklen Machenschaften beleuchtet hervorragend ein Dokfilm aus dem Hause Arte.

Dokumentarfilm **Gladio – Geheimarmeen in Europa**, Deutschland 2010, 85 min, [rebrand.ly/Gladio](http://rebrand.ly/Gladio).

# Wer hat's erfunden? Die Schweiz als Streikvorbild! Luxemburgerinnen im «Fraestreik»

**Das Grossherzogtum Luxemburg erlebte am 7. März seinen allerersten Frauenstreik. Zuvor hatten sich die Streikorganisatorinnen Tipps und Tricks aus der Schweiz geholt.**

JONAS KOMPOSCH

Wind und Regen prägten tagelang das Wetter über Luxemburg. Doch als wollte sie ein politisches Zeichen setzen, zeigte sich die Sonne just am 7. März. An jenem Samstag also, an dem der allererste Frauenstreik stattfand. Gut 2000 Frauen und etwa 200 Männer demonstrierten an diesem historischen Tag laut und lila beflaggt durch Luxemburg Stadt. Was nach wenig klingen mag, ist tatsächlich eine ausserordentliche Zahl. Denn das katholisch-konservativ geprägte Grossherzogtum ist bezogen auf Fläche und Bevölkerung nur wenig grösser als der Kanton St. Gallen. Und bis anhin hatten sich zum Internationalen Frauentag vom 8. März nie mehr als 400 Luxemburgerinnen versammelt. Isabelle Schmoetten (29) ist daher mehr als zufrieden. Die Bibliothekarin war von Anfang an bei der Streikorganisation dabei und sagt: «Es war eine einzigartige Mobilisierung. Und wenn das so weitergeht, darf man wirklich gespannt sein.» Tatsächlich vereinte der erste «Fraestreik» (luxemburgisch für

**«Der Streik ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang.»**

DORES AZEREDO, REINIGUNGSARBEITERIN

Frauenstreik) ganz unterschiedliche Gruppen. Angeführt wurde die Demo von schwarzen und migrantischen Frauen, denen die queere und lesbische Community folgte. Dann kam der Block der Reinigungsarbeiterinnen, dahinter eine Gruppe Sportlerinnen. Und neben Schülerinnen, Studentinnen, Rentnerinnen und Gewerkschafterinnen zogen sogar einige Ministerinnen und Abgeordnete mit.



GRANDIOS: Über 2000 Frauen streikten am 7. März in Luxemburg – inspiriert vom fulminanten Schweizer Frauenstreik vom 14. Juni 2019. FOTO: TWITTER

Ihr gemeinsames Motto: «Méi Zait, Paie an Respekt!», also «Mehr Zeit, Lohn und Respekt». Klingt das vertraut? Das ist kein Zufall.

### HELVETISCHE STREIKBERATUNG

Für ihren Streik haben sich die Luxemburgerinnen nämlich ausgerechnet aus der Schweiz Inspiration geholt. Aktivistin Schmoetten erklärt, warum: «Unsere Länder haben viele Ähnlichkeiten, beide sind klein, mehrsprachig, reich und ziemlich konservativ.» Und wenn die Wirtschaft laufe, die Mentalitäten aber hinterherhinkten, könne ein Streik vieles beschleunigen. Zwar hätten sie ihre Fühler auch nach Belgien ausgestreckt, sagt Schmoetten, doch dort sei der Frauenstreik weniger erfolgreich gewesen als in der Schweiz. Und auch mit Französisinnen habe man sich ausgetauscht. Nur lasse sich die französische Streiktradition nicht einfach auf Luxemburg übertragen. Auch in dieser Hinsicht passe ein Vergleich mit der Schweizer Alpenrepublik bes-

ser. Deshalb hatte im Oktober 2019 eine Plattform von 20 feministischen Organisationen zu einem Ideenaustausch «mat dräi Schwäizerinnen» geladen. Eine dieser drei helvetischen Streikberaterinnen war Regula Bühlmann, Frauenbeauftragte des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB). Sie sagt: «Mit diesen Frauen hat es so richtig g'fägt!» (berndeutsch für: es war richtig toll!) Primär sei es darum gegangen, Mut und Begeisterung zu vermitteln. Und zu zeigen: «Auch wir haben einmal klein angefangen.»

### CARE-ARBEIT TEILEN

Erstes Streikziel war es, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit sichtbar zu machen. Denn die Luxemburger Männer kümmern sich nur halb so viel um Haushalt, Kindererziehung oder Altenpflege wie die Luxemburgerinnen. Einer Lohnarbeit kann deshalb jede dritte Frau nur in Teilzeit nachgehen. Gleichzeitig arbeiten bloss 6 Prozent aller Männer Teilzeit. Zum Vergleich:

In der Schweiz arbeiten immerhin 18 Prozent der Männer Teilzeit. Und so ist die Altersrente von Frauen in Luxemburg im Schnitt 43 Prozent tiefer als jene der Männer. In der Schweiz ist sie 37 Prozent tiefer. «Die Care-Arbeit fairteilen!» war daher eine weitere Forderung des 7. März. Genauso wie mehr Wertschätzung für diese Arbeit, ohne die nichts funktionieren würde.

Besonders laut forderten das die Reinigungsarbeiterinnen der Gewerkschaft OGBL. Dorez Azeredo (41) ist eine von ihnen und erklärt: «Unsere Arbeit wird hier nicht einmal als echter Beruf anerkannt. Es gibt null Ausbildungsmöglichkeiten!» Entsprechend tief seien die Löhne. Einige ihrer zumeist portugiesischen Kolleginnen verdienten nur gerade 12 Euro pro Stunde. Und das in der Hauptstadt, wo eine 2-Zimmer-Wohnung nicht unter 2500 Euro zu mieten sei. Azeredo ist deshalb überzeugt, dass die Bewegung weitergehen wird: «Der Streik ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang.»

## work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



# SCHWARZARBEIT & CO.: KONTINGENTSYSTEM WAR UNTAUGLICH

Viele Probleme, aber nur wenige schauten hin. So lässt sich ungefähr die Lage im früheren fremdenpolizeilichen Kontingentsystem zusammenfassen. Leider ist das bis heute zu wenig bekannt. Dabei ist klar: Das von den Befürwortern der Begrenzungsinitiative verherrlichte Kontingentsystem war in jeder Hinsicht untauglich. Es gab mehr Lohndumping und problematische Arbeitsbedingungen als heute.

**KEINE KONTROLLEN.** Ein enormes Problem war die Schwarzarbeit. Wer Arbeitskräfte aus dem Ausland einstellen wollte, brauchte offiziell eine Bewilligung. Dabei hätten die Behörden auch die Löhne und die Arbeitsbedingungen kontrollieren müssen. Doch meist umgingen die Firmen diese Kontrollen: weil keine Ausländerbewilligungen mehr frei waren oder weil den Firmen der Gang zu den Behörden nicht passte. Gewerkschaftliche Schätzungen gehen für das Jahr 1990 von 120 000 bis 180 000 illegal Beschäftigten aus.

Neben der Landwirtschaft gab es vor allem auch im Bau- und Ausbaugewerbe sowie im Gastgewerbe viel Schwarzarbeit. Die Behörden haben weitgehend weggeschaut. Zeitzeugen schildern, dass sich die schwarz angestellten landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter am Sonntag in den Dörfern in Anwesenheit der Dorfpolizei im Restaurant trafen. Der Historiker Lukas Mäder zitiert dazu in einer Studie über die Landwirtschaft der 1970er Jahre einen Mitarbeiter des Luzerner Bauernverbandes: «Ich habe manchmal mit der Fremdenpolizei in Luzern geredet, das waren gute Duzfreunde. Da habe ich ihnen gesagt, man sollte auch ein bisschen konsequent sein. Dann haben sie gesagt: «Ja, was wollen wir machen. Sollen wir einem den Arbeitnehmer wegnehmen und den Bauern strafen?»»

**NUTZLOSE BUSSEN.** 1987 wurden die Bussen für Schwarzarbeit erhöht. Diese Massnahme zeigte aber wenig Wirkung. Gemäss Gewerkschaftsberichten betrogen die Strafen oft nur



100 Franken, manchmal sogar nur 10. Zur Schwarzarbeit gibt es natürlich keine öffentlichen Statistiken. Weil die illegal Angestellten nicht gemeldet oder registriert sind. Doch man kann sie indirekt aus Angaben über die Produktion und die legal Angestellten schätzen. Dabei zeigt sich, dass die Schwarzarbeit mit der Einführung der

Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen ab 2004 deutlich zurückging. Weil die Betriebe nun kontrolliert werden. Aber auch weil es keine unnötige bürokratische Bewilligungsverfahren mehr gibt.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



**TÖDLICH:** Bis heute werden Autos praktisch nur mit Testpuppen (Dummies) getestet, die dem Durchschnittsmann nachgebaut sind. Das Risiko für Frauen, bei einem Autounfall schwer verletzt zu werden, ist deshalb 47 Prozent höher als für Männer. FOTO: GETTY

## Journalistin Caroline Criado-Perez (35) beweist es: **Unsere Welt ist eine Männerwelt**

**Wo gebaut, geplant oder geforscht wird, gehen die Frauen meist vergessen. Manchmal sogar mit Absicht. Auch wenn es tödlich ist.**

PATRICIA D'INCAU

Warum sind Büros für Frauen oft 5 Grad zu kalt? Und warum versteht Apples Sprachassistentin Siri Männer besser als Frauen? Die britische Journalistin Caroline Criado-Perez hat Forscherinnen und Forscher auf der ganzen Welt befragt, Hunderte Studien gewälzt und herausgefunden: Alles basiert auf einem Durchschnittsmenschen – und der ist Durchschnittsmann.

### GESCHLECHTERBLIND

In der Medizin, in der Produktentwicklung, sogar beim Bau von Frauen-WC: Fast überall ist er der Massstab, der Mann. Und die Hälfte der Bevölkerung wird ignoriert: die Frauen. Für sie hat das Folgen. Harmlose, gefährliche, tödliche.

Zum Beispiel:

- Wenn Frau auf Zehenspitzen versuchen muss, etwas aus einem Regal hoch oben zu holen.
- Wenn sie in ein Auto steigt – und sei es nur als Beifahrerin. Denn bis heute werden Autos praktisch nur mit Testpuppen (Dummies) getestet, die dem Durchschnittsmann nachgebaut sind. Das Risiko für Frauen, bei einem Autounfall schwer verletzt zu werden, ist deshalb 47 Prozent höher als für Männer.
- Wenn ein Herzinfarkt nicht erkannt wird, weil Frauen nicht die gleichen Symptome haben wie Männer. Statt einem Stechen in der Brust haben vor allem jüngere Frauen eher Bauchweh,

Kurzatmigkeit, ihnen ist schlecht, und sie fühlen sich müde. Die Gefahr, dass der Infarkt nicht erkannt wird, ist für Frauen deshalb 50 Prozent höher als für Männer.

Obendrauf wirken viele Medikamente bei Frauen schlechter. Oder gar nicht. Das ist die zweithäufigste Nebenwirkung von Medikamenten bei Frauen. Einfach deshalb, weil die meisten Tests nicht nach Geschlecht unterscheiden. Und viele Medikamente noch heute nur an Männern getestet werden. Und zwar selbst dann, wenn es um eine Krankheit geht, die in erster Linie Frauen betrifft. Dabei ist erwiesen:

**Viele Medikamente werden noch heute nur an Männern getestet.**

Herz, Lunge, Leber, ja sogar einzelne Zellen – fast nichts funktioniert bei Frauen und Männern genau gleich.

Wie das möglich ist? Journalistin Criado-Perez fragte Wissenschaftler. Und bekam die unglaubliche Antwort: Der weibliche Körper sei «zu kompliziert» und «zu teuer», um in Tests einbezogen zu werden. Anders gesagt: Der Mann ist die Norm, die Frau die «Ausnahme».

### VERGESSENE KÜCHEN

Die Frauen gleich ganz vergessen haben 2011 die Behörden in Columbus, Ohio, USA. Im 105 Millionen Dollar teuren Gerichtsgebäude bauten sie eine Treppe aus Glas. Erst als die Richterinnen wieder zurück zur Arbeit kamen, merkten sie: Man(n) kann Frau so ganz einfach unter den Rock gaffen. Überfordert holten die Behörden Sicherheitsleute ins Haus. Die sollten nach Männern Ausschau halten, die unter der Treppe standen und nach oben schauten. Einen Teppich zu verlegen wäre einfacher gewesen.

Einen anderen durchsichtigen Fehler machte 2004 die Regierung von Sri Lanka. Ein Tsunami hatte ganze

Landteile zerstört, Häuser wurden wiederaufgebaut. Als die Familien einziehen sollten, bemerkten die Frauen: Da gab es keine Küchen. Sie waren schlicht vergessen worden. Weil Kochen nach wie vor als Frauenaufgabe gilt – und Frauen beim Wiederaufbau nicht einbezogen wurden. Wie schon vier Jahre vorher im westindischen Gujarat. Für Journalistin Criado-Perez ist klar: Das Vergessen von Frauen und «traditioneller Frauenarbeit» hat System.

### EINFACHE LÖSUNGEN

Das spüren etwa Pflegerinnen: in den Armen, in den Schultern, im Rücken. Ähnlich wie bei den Baubüroarbeitern macht ihre Arbeit den Körper kaputt. Nur dass sich die Arbeitsforschung weniger für Frauen interessiert. So wurden Schmerzstudien bisher nur an Männern durchgeführt. Und während die Staublunge (beim Mann) praktisch vollständig untersucht ist, ist asbestbedingter Eierstockkrebs kaum erforscht.

In Branchen, in denen vor allem Frauen arbeiten, gibt es praktisch keine Studien. Und in den anderen Branchen nützen sie den Frauen nur wenig: Oft werden sie als «Störfaktoren» aus Untersuchungen ausgenommen, wenn ihre Ergebnisse nicht mit denen der (männlichen) Mehrheit übereinstimmen. So sind Ärztinnen und Fabrikarbeiterinnen jeden Tag Strahlungen und Chemikalien ausgesetzt, die zwar für den Durchschnittsmann nicht gefährlich sind, für Frauen hingegen schon.

Dabei brauchte es nicht einmal aufwendige Studien, um Gefahren zu mindern. Zum Beispiel im Spital. Patientengewalt gehört zu den grössten Berufsrisiken. Doch bis die Pflegerin Hilfe bekommt, dauert es oft lange. Weil lange Gänge die Kolleginnen voneinander trennen. «Mir wäre eine Kreisform lieber», sagt eine Pflegerin im Buch von Criado-Perez. Denn wäre der Gang ein Kreis und keine endlos lange Linie, wäre niemand am einen oder anderen Ende alleine. Das ist verblüffend

### Unbequeme Fakten:



Die britische Journalistin **Caroline Criado-Perez** macht Frauen sichtbar. Sie tat es mit ihrem Erstling «Do it like a woman» (2015), in dem sie Macherinnen von heute porträtierte. Und sie tut es jetzt mit «Unsichtbare Frauen», das Buch ist preisgekrönt und in 19 Sprachen übersetzt.

**HARTNÄCKIG.** Schlagzeilen macht Criado-Perez auch mit Kampagnen. 2013 wollte die britische Nationalbank den britischen Staatsmann Winston Churchill auf eine Banknote hieven. Und dafür Sozialreformerin Elisabeth Fry streichen, sie ist die einzige Frau auf einer Pfundnote neben der Queen. Innert einer Woche sammelte Criado-Perez 22.000 Unterschriften. Churchill kam zwar trotzdem, dafür aber auch die Autorin Jane Austen. Sie schmückt jetzt die Zehn-Pfund-Note. Dank Criado-Perez stehen vor dem britischen Parlament heute auch nicht mehr nur elf Männer, sondern auch eine Frau. 2018 wurde die Statue von Suffragette Millicent Fawcett enthüllt, der Anführerin der englischen Frauenwahlrechtsbewegung. (pdi)

einfach. Und zeigt: Die Lösungen wären da, würden endlich die Fehler erkannt. Buchhändler wie Orell Füssli & Co. haben das ganz offensichtlich noch nicht: Bei ihnen steht das preisgekrönte, faszinierend lehrreiche und schlicht wegweisende Buch von Criado-Perez nämlich nicht im Regal für Politik, Wirtschafts- oder Wissenschaftsthemen. Sondern woliwo? In der Abteilung «Lebenshilfe» für Frauen. Wer sagt's denn: überall Männerwelt!

Caroline Criado-Perez: **Unsichtbare Frauen: Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert.** Verlag btb, 2020. CHF 24.90.



ILLU: ROLF WILLI

### Die Briefträgerin & die Würstlibude

Die Briefträgerin hatte geklingelt und wartete mit dem eingeschriebenen Brief vor der Haustüre, als zwei léger gekleidete Männer sich näherten. Wie üblich fragte sie, ob die beiden hier



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

wohnten. Einer hätte ja der Adressat ihres Briefes sein können. «Nenei», grinste der eine. Und dann standen sie alle da, und es war komisch. Schliesslich sagte der Mann leutselig: «Wir wollen das Geheimnis lüften.» Er zückte einen Polizeiausweis. Die Briefträgerin war nicht überrascht.

Während der zweite weiterhin wortlos dabeistand, fragte der erste, ob die Briefträgerin hier je für einen XY Post zugestellt habe. «Der Name sagt mir nichts», antwortete sie. An-

**Hausdurchsuchungsbefehle brauchen wohl nur Würstlibudenmitarbeitende.**

scheinend suchten die Polizisten eine Person in dem Haushalt, für den auch ihr Chargébrief bestimmt war. Denn der Wortkarge hatte inzwischen ein Couvert herausgezogen und begutachtet, das die Briefträgerin im Kastenschlitz eingesteckt hatte. Auch öffnete er das Ablagefach und inspizierte es.

**SELBSTBEWUSST.** «Dürfen Sie das eigentlich?» fragte die Briefträgerin vorsichtig. Immerhin gibt es ein in der Bundesverfassung verankertes Schriftgeheimnis. «Natürlich dürfen wir das», gab der Leutselige nun zur Antwort. «Wir sind schliesslich keine Würstlibude!» Würstlibude? «Wie die Post ja auch nicht», fuhr er fort. «Oder doch?» In letzter Zeit habe deren Ruf ja schon gelitten, und in seinem Dorf gebe es inzwischen gar keine herkömmliche Poststelle mehr.

Die Briefträgerin wollte den Brief avisieren und weiter, sie hatte noch zu tun. Logisch, dass der Scanner spukte. Sie musste also warten, bis das Gerät wieder funktionierte, und sich Geschichten über Würstlibude bzw. Nichtwürstlibuden anhören. Als der Brief endlich gescannt und der Avis eingeworfen war, verabschiedete sie sich. Im Weiterfahren sah sie noch, dass auch die Polizisten zurück zu ihrem Fahrzeug gingen. Von einem Hausdurchsuchungsbefehl hatten sie nichts gesagt, aber einen solchen brauchen wohl sowieso nur Würstlibudenmitarbeitende, wenn sie in fremden Briefkästen wühlen.



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

### BVG-Beitragsnachzahlungen: Was ist die Grenze?

Meine Firma hat mir auf Ende April 2020 gekündigt. In den letzten zwei Jahren hat sie mir viel zu wenig BVG-Arbeitnehmerbeiträge abgezogen. Und zwar fast 4000 Franken. Ich verdiene pro Monat deutlich unter 5000 Franken brutto. Meine Firma will mir nun je 2000 Franken von den verbleibenden Löhnen für März und April abziehen. Darf sie das?

MYRIAM MUFF: Nein. Ihre Firma darf zwar Arbeitnehmerbeiträge für die Pensionskasse mit dem Lohn verrechnen, jedoch nur bis zum Existenzminimum. Wenn Ihnen nach Abzug der 2000 Franken weniger als 2500 Franken bleiben, dürfen Sie sich unter dem Existenzminimum befinden. Die genaue Höhe Ihres Existenzminimums wird jedoch vom Betriebsrat Ihres Wohnortes bestimmt. Ich empfehle Ihnen deshalb, Ihr konkretes Existenzminimum durch das Betriebsrat bestimmen zu lassen und anschliessend mit Ihrem Chef oder Ihrer Chefin das Gespräch zu suchen: Die Firma darf Ihnen vom März- und April-Lohn jeweils nur so viel abziehen, wie nach Abzug des Existenzminimums übrigbleibt. Bezüglich des Restbetrags für die geschuldeten BVG-Arbeitnehmerbeiträge treffen Sie mit Ihrem Arbeitgeber am besten eine Abzahlungsvereinbarung über Ratenzahlungen. Als Unia-Mitglied dürfen Sie sich gerne bei der zuständigen Unia-Sektion melden, falls es Probleme gibt.

### Nichtberufsunfall bei Minipensum: Erhalte ich Taggelder?

Als angereicherter Snowboarder habe ich mich für diese Winterseason in ein Skigebiet zurückgezogen. Damit ich doch etwas Taschengeld bekomme, habe ich dort in einem Sportgeschäft einen auf 4 Monate befristeten Arbeitsvertrag mit einem Minipensum abgeschlossen, nämlich 6 Stunden pro Woche. Leider habe ich mir beim Snowboarden Anfang Februar die Schulter gebrochen und bin seither bis auf weiteres arbeitsunfähig. Komischerweise hat mir mein Arbeitgeber nicht den ganzen Februarlohn bezahlt, sondern nur drei Wochen. Deckt die Unfallversicherung den Lohnausfall nicht?

MYRIAM MUFF: Nein. Ihr Snowboardunfall gilt als Nichtberufsunfall. Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmende sind nur dann obligatorisch gegen Nichtberufsunfälle versichert, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit mindestens acht Stunden beträgt. Das ist bei Ihnen nicht der Fall. Deshalb sind Sie nicht über die Unfallversicherung Ihrer Firma versichert. Das Unfallrisiko ist in Ihrem Fall jedoch in Ihrer obligatorischen Krankenversicherung eingeschlossen. Diese bezahlt insbesondere Ihre Heilungskosten, jedoch keine Taggelder. Für den Lohnausfall muss Ihre Firma gestützt auf die Lohnfortzahlungspflicht gemäss Obligationenrecht aufkommen. Aber: Bei befristeten Arbeitsverhältnissen, die für mehr als drei Monate eingegangen sind, ist im ersten Dienstjahr nur der Lohnausfall während dreier Wochen geschuldet. Deshalb haben Sie leider keinen Anspruch auf mehr Lohnersatz, auch wenn Sie länger arbeitsunfähig sind.

## Das Coronavirus Covid-19 und das Arbeitsrecht

# Was ist, wenn die Züge nicht mehr fahren?

Das Coronavirus geht um. Was muss die Firma, und was darf sie? Welche Rechte und Pflichten haben die Angestellten? Die häufigsten Fragen – und die Antworten der Unia-Rechtsberatung.

MARTIN JAKOB

Ein neues Virus breitet sich aus – und mit ihm die Angst, selber zu erkranken und damit andere anzustecken. Das kann natürlich auch während der Arbeit passieren. Hinzu kommt der Arbeitsweg: man pendelt in überfüllten Zügen, greift im Tram nach der Haltestange – wie viele Hände haben hier schon ihre Spuren hinterlassen? Nein, da bleibt man doch lieber gleich zu Hause, scharft die Familie um sich und ernährt sich von den Konserven, die man wohlweislich gebunkert hat.

Nur: So einfach ist das nicht. Oder noch nicht: Der Bundesrat hat befunden, es handle sich derzeit um eine besondere Lage, und hat Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen verboten; die Kantone entscheiden, wie kleinere Veranstaltungen zu handhaben seien, im übrigen bestehen aber bisher keine weiteren generellen Einschränkungen. Weder für den öffentlichen Verkehr noch für Firmen oder Schulen (Stand 11. März). Das bedeutet für Firmen und ihre Angestellten im Grundsatz, dass die üblichen Regeln gelten. Arbeitsverträge sind zu erfüllen – von beiden Seiten. Allerdings bekommt ein Aspekt des Vertrags- und Arbeitsrechts im Lichte des Coronavirus eine besondere Bedeutung: die Fürsorgepflicht der Firmen, die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden bestmöglich zu schützen. So sieht die Rechtslage in konkreten Fragestellungen aus:

**Firmen müssen ihre Fürsorgepflicht jetzt sehr ernst nehmen.** So sieht die Rechtslage in konkreten Fragestellungen aus:

**ZUR ARBEIT ODER NICHT? Aus Angst, infiziert zu werden, gehe ich nicht zur Arbeit. Was können die Folgen sein?** Sofern die Behörden keine Anweisungen erteilt oder Massnahmen eingeleitet haben, handelt es sich um eine unbegründete Arbeitsverweigerung. Es besteht kein Anspruch auf Lohnzahlung, und die Firma kann Sie nach einer Verwarnung fristlos entlassen. Kommt es aber zu behördlichen Verfügungen und Ihre Firma befolgt diese nicht, dürfen Sie die Arbeit verweigern, und Ihre Firma muss Ihnen weiterhin den Lohn zahlen.

**Ich habe Symptome der Viruserkrankung (Fieber, Husten, Atemnot), was soll ich tun?** Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfiehlt, bei Fieber oder Husten zu Hause zu

bleiben. Informieren Sie die Firma über Ihre Absenz und ihren Grund. Rufen Sie Ihre Ärztin an, sie wird eine Diagnose stellen. Auch wenn Sie nicht verpflichtet sind, Ihrer Firma die Ursachen Ihrer Krankheit mitzuteilen, sollten Sie sie informieren, falls Sie mit dem Virus infiziert sind.

**ARBEITSWEG Ich bin Grenzgänger. Falls die Grenze geschlossen wird und ich nicht mehr zum Arbeitsort fahren kann, habe ich Anspruch auf den Lohn?** Ja, der Lohnanspruch bleibt bestehen, denn es handelt sich um einen Beschluss der Behörden, auf den Sie keinen Einfluss haben.

**Falls die öffentlichen Verkehrsmittel ihren Betrieb einstellen, kann ich nicht mehr zur Arbeit fahren. Riskiere ich dann, entlassen zu werden?** Nein, Ihre Firma darf den Arbeitsvertrag deswegen nicht kündigen. Sind Sie an der Arbeitsleistung verhindert, weil Sie wegen einer Störung des öffentlichen Verkehrs nicht zur Arbeit fahren können, muss die Firma allerdings den Lohn für die ausgefallene Arbeitszeit nicht zahlen. Können Sie die Arbeit aber von zu Hause aus verrichten, erhalten Sie Ihren Lohn.

**AN DER ARBEIT Darf meine Firma am Betriebsrat eine Temperaturkontrolle der Mitarbeitenden anordnen?** Der Arbeitgeber ist verpflichtet, alle notwendigen Hygienemassnahmen zum Schutz der Gesundheit seiner Mitarbeitenden zu ergreifen. Vor dem aktuellen Hintergrund kann es verhältnismässig sein, die Temperatur am Betriebseingang zu messen und im Zweifelsfall jemanden zu bitten, zu Hause zu bleiben.

**Habe ich Anspruch auf Lohn, wenn man mich mit Fieber nach Hause schickt?** Haben Sie Fieber, sind Sie fraglos krank und haben Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit. Die Behörden haben den Firmen aktuell empfohlen, ein Arztzeugnis erst ab dem fünften Tag zu verlangen.

**Bekomme ich Lohn, wenn meine Firma den Betrieb auf behördliche Anordnung schliesst?** Muss das Unternehmen aufgrund eines behördlichen Entscheids schliessen, besteht ein Anspruch des Arbeitnehmers auf Lohnfortzahlung, da der Arbeitgeber das Betriebs- und

Wirtschaftsrisiko trägt. Der Arbeitgeber kann bei einer Arbeitslosenkasse seiner Wahl Kurzarbeitsentschädigung geltend machen.

**Darf mir meine Chefin wegen des Virus für einen gewissen Zeitraum einen anderen Arbeitsort oder eine andere Tätigkeit zuweisen?** Grundsätzlich ja – unter diesen Voraussetzungen: Es besteht eine dringende Notwendigkeit, die Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers werden respektiert, und die Umdisposition ist provisorischer Natur. In jedem Fall müssen die entstandenen zusätzlichen Kosten einer solchen Änderung von der Firma bezahlt werden.

**REISEN UND FERIE Darf die Firma mich zwingen, eine Geschäftsreise in ein Risikogebiet zu unternehmen?** Verpflichtet Sie Ihr Arbeitsvertrag zu geschäftlichen Reisen, müssen Sie die Anordnungen des Arbeitgebers befolgen, solange die Behörden keine Reisebeschränkungen erlassen haben. Leiden Sie allerdings unter gesundheitlichen Problemen – zum Beispiel an einem geschwächten Immunsystem –, darf Sie der Chef nicht in Risikogebiete schicken, denn er ist zum Schutz der Persönlichkeit seiner Mitarbeitenden verpflichtet.

**Mein Chef verbietet mir, in den Ferien in ein Risikogebiet zu reisen. Darf er das?** Nein. Der Arbeitgeber hat kein Recht, sich in die Reisepläne seiner Mitarbeitenden während ihrer Freizeit zu mischen.

**Ich komme nicht rechtzeitig aus den Ferien in einem Risikogebiet zurück, weil meine Airline die Flüge gestrichen hat. Muss ich die Fehlzeit in der Firma als Ferien anrechnen lassen?** Ja. Sitzen Sie wegen verkehrstechnischer Probleme am Ferienort fest, haben Sie keinen Lohnanspruch für die Zeit, während deren Sie länger abwesend sind.

**Kann meine Chefin mich nach den Ferien nach Hause schicken, weil ich mich in einem Risikogebiet aufgehalten habe?** Sie darf Sie nach Hause schicken, Sie haben jedoch Anspruch auf Lohnzahlung.

Fragen und Antworten zur arbeitsrechtlichen Situation infolge des Coronavirus finden Sie auf dem aktuellsten Stand auch auf [unia.ch/corona](http://unia.ch/corona).

# Corona-Virus: So schützen wir uns



Gründlich Hände waschen.



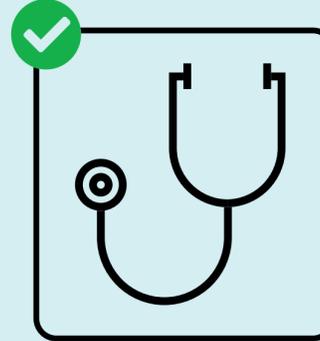
Hände schütteln vermeiden.



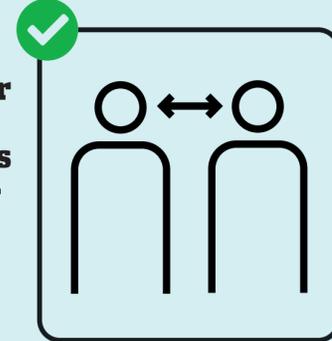
In Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen.



Bei Fieber oder Husten zu Hause bleiben.



Nur nach telefonischer Anmeldung in Arztpraxis oder Notfallstation.



Abstand halten.

- Zum Beispiel:
- Ältere Menschen durch genügend Abstand schützen.
  - Beim Anstehen Abstand halten.
  - Bei Sitzungen Abstand halten.

Goldene Regeln: Die Empfehlungen des BAG gelten auch für die Arbeitswelt. [www.bag-coronavirus.ch](http://www.bag-coronavirus.ch)

GERNEER, BAG, BEARBEITUNG: WORK



SAUBERE SACHE: Bringen Sie die Wohnung vor der Übergabe mit gründlicher Reinigung und kleinen Reparaturen in Form. FOTO: ISTOCK

## Übergabe Ihrer Wohnung: Achten Sie auf ein korrektes Protokoll

# Bereit für den Tag der grossen Inspektion

Ziehen Sie aus Ihrer Wohnung aus? Mit diesen Tipps können Sie der grossen Inspektion durch den Vermieter gelassen entgegensehen.

MARTIN JAKOB

Wann beginnt Ihre Vorbereitung auf einen reibungslosen Auszug? Beim Einzug – indem Sie beim Antritt des Mietverhältnisses bestehende Schäden protokollieren lassen. Beim Auszug nehmen Sie dieses Protokoll zur Übergabe mit.

**PUTZEN UND FLICKEN.** Die zweite Phase der Vorbereitung heisst Wohnungsreinigung. Ob Sie das selber erledigen oder in Auftrag geben: der Putz muss gründlich sein. Und wenn Sie schon dabei sind, ersetzen Sie

auch defekte Kleinteile wie die spröde Dichtung am Wasserhahn, ein gesprungenes Zahnglas oder die flackernde Neonröhre an der Küchendecke. Bohr- und Dübellöcher in der Wand füllen Sie mit Spachtelmasse auf. Suchen Sie jetzt noch alle Schlüssel zusammen, die Sie beim Einzug erhalten haben, dann sind Sie bereit für die grosse Inspektion.

**EXAKTER BESCHRIEB.** Gewöhnlich verwendet der Vermieter bei der Wohnungsabnahme ein Formular, dessen Felder Raum für Raum abgehakt werden. Wo der Vermieter einen Schaden feststellt, muss dieser so konkret wie möglich beschrieben sein. «Wände im Kinderzimmer mit Farbstift verschmiert ist nur dann eine zutreffende Be-

## Übergabe Ihrer Wohnung: Achten Sie auf ein korrektes Protokoll

# Bereit für den Tag der grossen Inspektion

schreibung, wenn alle Wände ringsum verschmiert sind. Ist aber nur die Wand links von der Tür auf einer kleinen Fläche verunreinigt, ist das auch genau so festzuhalten.

**WER BEZAHLT?** Eine Wohnung altert. Weisse Wände vergilben mit der Zeit, Teppichflor nützt sich ab, Parkett kann ausbleichen – für diese normale Abnutzung sind Sie nicht haftbar. Sie müssen nur für Schäden geradestehen, die darüber hinausgehen und die Sie selber verursacht haben. Zum Beispiel für einen Wasserschaden beim Parkett. Oder für einen Sprung im Lavabo. In solchen Fällen klären Sie schon vor der Wohnungsübergabe mit Ihrer Haftpflichtversicherung, ob sie die Reparaturkosten übernimmt.

Wie hoch Ihr Anteil an den Reparaturkosten ist, hängt vom Alter der beschädigten Sache ab. Ein Laminatboden mittlerer Qualität zum Beispiel hält etwa 15 Jahre. Muss der Boden durch Ihr Verschulden ersetzt werden, ist aber bereits 10 Jahre alt, darf Ihnen nur ein Drittel der Ersatzkosten belastet werden. Trauen Sie der Altersangabe nicht, welche die Vermieterin macht, dürfen Sie einen Beleg verlangen. Zur Berechnung des Zeitwerts von Einrichtungen wird die sogenannte Lebensdauertabelle beigezogen ([rebrand.ly/lebensdauer](http://rebrand.ly/lebensdauer)).

**VORSICHT, UNTERSCHRIFT.** Wird Ihnen zum Schluss das Protokoll zur Unterschrift vorgelegt, unterzeichnen Sie es nur, wenn Sie einverstanden sind. Sie dür-

fen die Haftung für Schäden bestreiten oder auf die Unterschrift ganz verzichten. Der Vermieter muss Ihnen dann innert zweier bis dreier Werktagen mitteilen, welche Reparaturen er

**Für die normale Abnutzung sind Sie nicht haftbar.**

auf Ihre Kosten durchführen will. Verpasst er diese Frist, verliert er seinen Anspruch. Lässt sich eine Uneinigkeit nicht gütlich beilegen, steht Ihnen noch die Anrufung der Schlichtungsbehörde offen. Dieser Weg ist vor allem dann unvermeidlich, wenn Sie bei Mietantritt ein Depot einzahlen mussten und Ihnen der Vermieter nun die Auszahlung verweigert.

### REFERENZINSENKUNG VERLANGEN

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat den Referenzzinssatz am 2. März um 0,25 Prozent auf 1,25 Prozent gesenkt. Beruht Ihr Mietzins auf einem höheren Referenzzinssatz (siehe Mietvertrag oder die letzte Anpassung), haben Sie Anrecht auf eine um 2,91 Prozent tiefere Miete pro Viertelprozent Zinsdifferenz, wobei der Vermieter die Teuerung aufrechnen darf. Um die Senkung durchzusetzen, gehen Sie nach der Anleitung des Mieterinnen- und Mieterverbands vor. [mieterverband.ch](http://mieterverband.ch)

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

## Mit Legasthenie an die Prüfung

In einem Jahr schliesse ich meine Schreinerlehre ab. Ich habe Legasthenie und deswegen grosse Angst vor der schriftlichen Abschlussprüfung. Was kann ich tun?

«Leidest du an Lese- und Rechtschreibschwäche, hast du während der Ausbildung Anrecht auf Stützkurse, allenfalls auch auf eine Prüfungserleichterung an der Lehrabschlussprüfung (LAP). Möchtest du diese Prüfungserleichterung in Anspruch nehmen, musst du einen Antrag an das Berufsbildungsamt in deinem Kanton stellen. Bespricht dies aber möglichst rasch mit deiner Klassenlehrperson oder jemandem, der oder die dich beim Lernen unterstützt.

Wenn dein Gesuch angenommen wird, hast du das Recht auf mehr Pausen und mehr Zeit für die Prüfung. Die Aufgaben sind allerdings dieselben. Weitere Informationen findest du auf dem Merkblatt des Schweizerischen Dienstleistungszentrums Berufsbildung ([www.sdbb.ch](http://www.sdbb.ch)) und unter [www.verband-dyslexie.ch](http://www.verband-dyslexie.ch).



Aude Spang, Jugendsekretärin.

**Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

**workrätsel**

**Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!**



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

**LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 4**  
Das Lösungswort lautete: **DETAILHANDEL**



**DEN PREIS, eine Übernachtung im Tessiner Hotel La Campagnola für zwei Personen, hat gewonnen: Nicolas Bouduban, Biel/Bienne. Herzlichen Glückwunsch!**

musik. Bühnenwerk			Spielstein beim Schach	brit. Prinzessin	dicke Metallfäden			Gute ... und Löhne verteidigen	zunächst	span. Artikel	leise		nicht selten		Ältestenrat	sowohl als auch, nicht nur eines	umstrittene deutsche Partei	Abk.: rund
span. Conquistador † 1541								erhältlich										
Vorläuferin der EU			Ausruf des Ekels		ganz und gar								Bauarbeitermassiv unter ...		Eidg. Finanzdepartement			1
zerstörerisch								schweiz. Theologe (Hans)		längl. Vertiefung			Skulptur von Michelangelo					furchtsamer Mensch
					lässige Umgangssprache			quadratisch gemustert							Fischmarder		Bündner Zolfreigebiet	
Futtergewebe		Anweisung			schmutzig								engl. Flächenmass Mz.		kleiner Metallring			2
Gesamtaufnahme (Foto)							Schlimmes		geäusserter Wunsch				vorsichtig, sorgfältig					8
				Kontinent			das, was gesehen wird							Wurzelgemüse, Möhre		Abk.: Millimeter		
Bedeutungsmassstab	schräg abschneiden		Kraft, Vitalität									Pass im Tessin: Monte ...		nicht eine				
Männername						Nordosteuropäer		enthaltensamer Mensch		frz. Filmpreis						beweglich		Höllenfürst
			tradit. jp. Volkssport		legendär. Popgruppe: The ...								Internet-schwätzchen (engl.)		gekochter Fruchtbrei			9
hin und ...		Verkehrsweg								Wenduruf beim Segeln			in aller Munde; ... - Virus					
Bedauern					ugs.: Fernsehen		eingeschaltet		Legitimation, Befugnis						Autokz. Kanton Tessin		frz. Artikel	
zahlungsunfähig		Mitwisser sind ...											Hunnenkönig (5. Jh.)					4
								klasieren										

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

**Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch**  
Einsendeschluss 20. März 2020

INSERAT

# Löhne senken, Rechte abschaffen?

Am 17. Mai:  
**NEIN!**

Die Kündigungsinitiative der SVP ist ein Angriff auf alle Arbeitnehmenden, denn sie will die Personenfreizügigkeit und den Lohnschutz abschaffen.

Hilf mit, diese gefährliche Initiative zu bodigen:  
[www.kundigungsinitiative-nein.ch](http://www.kundigungsinitiative-nein.ch)

UNIA

**WORKLESERFOTO**



**Möwentanz**

**WANN** 10. Januar 2020  
**WO** Schiffssteg Bürkliplatz, Zürich  
**WAS** Möwen am Zürichsee  
**Eingesandt von** Richard Nussbaumer, Zürich

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

WERNER RANDEGGER, PER MAIL

**WORKPOST**

**WORK 4 / 28.2.2020:**  
**«GEFÄHRLICHER ANGRIFF AUF ALLE ARBEITNEHMENDEN»**

**Der Kollege ist nicht der Feind**

Kontingente und Saisonierstatut schaden allen Arbeitenden. Und ganz besonders jenen, die – mit oder ohne Schweizer Pass – fest in der Schweiz wohnen. Ich habe das nach meiner Lehre noch erlebt. Die Chefs konnten immer

genügend Kollegen aus dem Ausland rekrutieren. Sie drückten ihre Löhne, weil die froh um jede Stelle waren und kaum Rechte hatten. Die Folge war, dass auch die Löhne der Einheimischen unter Druck standen. Damals habe ich begriffen: der ausländische Kollege neben Dir an der Werkbank ist nicht Dein Feind, nicht einmal Dein Gegner. Der steht weiter oben. Die flankierenden Massnahmen mögen nicht perfekt sein, aber sie haben die Situation aller Arbeitnehmenden in der Schweiz verbessert.

BRUNO HÄNGGI, PER MAIL

**Partei der Milliardäre**

Die SVP ist eine Milliardärspartei, ihr folkloristisches Auftreten ist Volksverdummung – und führt zu Volksverarmung.

HEINZ SPIEGEL, PER MAIL

**Nur die dümmsten Kälber...**

Die SVP verdankt ihren Aufstieg Wählenden, die «einfach weniger Ausländer» wollen. Und am meisten aus Gegenden, wo es fast oder gar keine hat. Und dann bekommen sie Sozialabbau, kleinere Renten, höhere Krankenkassenprämien, höhere Franchisen, schlechten Mietenschutz, schlechtere Rechte der Arbeitnehmenden... Wie heisst es doch so treffend: «Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.»

ROSMARIE BERGER, PER MAIL

**Ältere Arbeitnehmende aufgepasst!**

Die SVP ist die einzige Partei, die sich gegen eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte ältere Arbeitnehmende stemmt. Die SVP wollte (und will wohl noch immer) die Mindestfranchise auf 500 Franken erhöhen. Die SVP

will weniger Steuern für die Reichen und höhere Gebühren für alle. Die SVP ist keine Partei der Arbeitnehmenden, sie ist eine Partei der Reichen und Superreichen. Wer das noch nicht gemerkt hat, dem ist nicht zu helfen.

BEATRICE ZIMMERMANN, PER MAIL

**Es nützt uns allen**

Was ich in vielen Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb immer wieder merke: Viele haben nicht verstanden, dass die flankierenden Massnahmen nicht die Ausländer schützen, sondern besonders die Schweizer. Denn wenn die Manager schalten und walten könnten, wie sie wollen, würden die Löhne für alle Arbeitenden sinken. Nur die Boni der Manager steigen und die Ausschüttungen an die Aktionäre. Das will die SVP wirklich. Darum ein klares Nein der Arbeitnehmenden am 17. Mai. Fallen wir nicht auf die SVP-Verdrehungen rein.

HUGO RENKER, PER MAIL

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

**WORKFRAGE VOM 28.2.2020**

**Braucht es jetzt eine PUK, um die Crypto-Affäre aufzuklären?**

**WIDERLICH**

Die bürgerlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier blenden die Wahrheit bewusst aus: Sobald das unethische Geschäftsmodell «Neutralität» in Verruf zu geraten scheint, werden Schutzwälle gegen Wahrheiten hochgezogen. «Folgerichtig» lehnt das Büro des Nationalrates eine PUK zur Krypto ab. Die FDP-Herren Villiger, Stucky, Regli & Co. müssen «ghaue oder gstoche» geschützt werden. Eine PUK ist bitternotwendig.

TONI KLEIMANN, BASEL

**DRECKIGE GEHEIMNISSE**

Natürlich braucht es eine PUK. Aber in der Schweiz haben es die Rechten und ganz Rechten noch immer (mit wenigen Ausnahmen: Fichen, Geheimarmee) geschafft, eine wirksame Aufklärung von Staatskandalen zu verhindern. Denn es sind und waren ihre Skandale. Ihre Dunkelkammern. Ihre Mauseleien und Drecksengeschäfte. Drei Beispiele von vielen: Weder der Swissair-Skandal noch die jahrelange geheime Zusammenarbeit der schweizerischen Nachrichtendienste mit den Apartheid-Geheimdiensten in Südafrika und auch nicht die Vorgänge, die zur Rettung der UBS mit Milliarden-Steurgeldern führten, wurden von einer PUK untersucht. Der militärisch-industrielle Komplex der Schweiz behält seine schmutzigen Geheimnisse gerne für sich. Und schon ist die nächste Generation der Profiteure an den Schalthebeln der Macht.

WERNER RANDEGGER, PER MAIL

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

**1. Wie viele Rentnerinnen leben nur von der AHV?**

- a) ca. 45 Prozent
- b) ca. 30 Prozent
- c) ca. 15 Prozent
- d) ca. 5 Prozent

**2. Wie viel mehr AHV in Prozent würde ein AHV-Dreizehnter bringen:**

- a) 8,3 Prozent
- b) 11 Prozent
- c) 12 Prozent
- d) 13 Prozent

**3. Welche Säule der Schweizer Altersvorsorge hat das günstigste Preis-Leistungs-Verhältnis für alle Generationen?**

- a) die 1.
- b) die 2.
- c) die 3.
- d) die 4.

**4. Wann erhöhte das Parlament die AHV-Renten zum letzten Mal signifikant?**

- a) 1968
- b) 1972
- c) 1992
- d) 2002



Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

1p; 2a; 3a; 4b; 5a; 6b; 7c; 8d

**ADRIAN SANER  
FISCHER  
UND  
WANDERER**

«Von den Eltern aus war es ein Muss, eine Lehre zu machen», sagt Adrian Saner (\*1960). Er entscheidet sich, Maurer zu werden. Mit 19 Jahren stürzt er auf der Baustelle vom dritten Stock auf einen Betonboden: Schädelbruch, zersplittete Rippen, Koma.

**UNFALL.** Nach einem halben Jahr kommt sein Gedächtnis zurück, aber die Lehre muss er abbrechen. Stattdessen wird er Briefträger, macht den Job aber nicht lange: «Erstens verdient man schlechter, und zweitens hätte ich weit weg arbeiten müssen.» Saner kehrt auf den Bau zurück, isoliert Flachdächer. Die Ausbildung zum Kranführer absolviert er, weil ihn ein Bauführer dazu ermuntert.

**GENIESSEN.** Im September will Unia-Mitglied Saner in die wohlverdiente Pension gehen, die er bereits mit sechzig antreten kann, dank dem 2002 auf Druck der Gewerkschaften eingeführten und 2018 erfolgreich verteidigten flexiblen Altersrücktritt (FAR). Dann wird mehr Zeit bleiben für das, was er am liebsten macht: «Fischen und in die Berge rauf zum Wandern.» Er wohnt zusammen mit seiner Frau und einem erwachsenen Kind in Zihlschlacht TG. Das zweite Kind ist bereits ausgeflogen. «Geniessen heisst für mich vor allem, rund ums Haus etwas zu machen.»



Kranführer **Adrian Saner** (59) verliert kurz vor der Pensionierung seinen Job bei der Marty AG

# «Sechzig Meter freier Fall»

**Nur wenige Menschen in der Schweiz arbeiten so hoch oben wie Kranführer Adrian Saner. Alles muss er im Blick haben, für alle muss er mitdenken: «Wenn ein gravierender Unfall passiert, dann muss ich in die Kiste», sagt der 59-Jährige.**

MANUEL FRICK | FOTOS STEPHAN BÖSCH

Jeden Morgen kurz nach sechs Uhr klettert Adrian Saner in seine Kranführerkabine hoch. 60 Meter durch einen Turm aus Stahlrohren – ohne Sicherung. Von dort dirigiert er den 50 Meter langen Ausleger dahin, wo es gerade Beton braucht. Jetzt kommt es auf den Kollegen unten an: Wenn der das Gemisch zu schnell aus dem Kübel lässt, kann Saner die knapp vier Tonnen Gewicht, die plötzlich nicht mehr dranhängen, kaum mehr ausgleichen, indem er mehr Seil gibt. Dann schwingt der Kran vorne drei Meter auf und ab. Und das spürt auch Saner in sei-

ner Kabine: «Angst habe ich nicht, aber es ist schon ein mulmiges Gefühl.»

**MASSENENTLASSUNG.** Ein ungutes Gefühl überkommt Saner heute vor allem, wenn er an denjenigen denkt, der in seiner Firma noch weiter oben sitzt als er. Gemeint ist Patrick Manser, Verwaltungsratspräsident der Marty Bauunternehmung AG mit Sitz in Bischofszell TG. Oder besser gesagt: Ex-Präsident. Ende Januar hatte Manser allen 51 Angestellten die Kündigung geschickt, «aus wirtschaftlichen Gründen». Weil er kein ordentliches Konsultationsverfahren durchführte, schritt die Gewerkschaft Unia ein. Zwei Wochen später meldete Manser Konkurs an. «Es hat sich angefühlt wie ein Chlapf ad Schnorre», sagt Saner über den Moment, als er den blauen Brief in den Händen hielt. Seit über drei Jahren hatte er für die Firma gearbeitet – und sich dort sehr wohl gefühlt.

Über ein Temporärbüro war Saner auf Gründer und Mitinhaber Ronny Marty ge-

stossen. «Ronny war für uns wie ein Vater», sagt Saner. «Und das ist er auch heute noch.» Sein Chef habe immer geschaut, dass es allen gutgehe, und ihn fair bezahlt. Auch wirtschaftlich habe es für das Unternehmen gut ausgesehen, sagt Saner. «Letztes Jahr haben wir in Rorschach SG eine riesige Überbauung angefangen. Ende Dezember hiess es plötzlich, die hat eine andere Firma übernommen.» Saner konnte zwar nach der Winterpause auf einer anderen Baustelle weiterarbeiten, trotzdem ging es Schlag auf Schlag: Manser habe alle Konti sperren lassen, und Marty sei deshalb ausgestiegen – obwohl er im Jahr 2020 Mansers Firmenanteil habe übernehmen wollen. Und was Saner am meisten stört: «Anscheinend hat Manser vor dem Konkurs viel Geld aus der Firma abgezogen» (work berichtete).

**PENSION.** Saner wollte bis zu seiner Pensionierung im September für die Marty Bauunternehmung arbeiten. Mehr als 30 Jahre war er als Kranführer tätig und hat den Job gerne gemacht – auch wenn er nicht immer einfach war. «Unten wollen alle gleichzeitig, dass du sie mit Material bedienst. Du suchst einen Kompromiss, bist aber trotzdem oft der Blöde.» Manchmal könne man eine Baustelle erst Monate später als geplant beginnen, wegen Einsparungen oder schlechten Wetters. «Die verlorene Zeit müssen wir wieder aufholen.» Seine Zeit auf dem Bau teilt er rückblickend in drei Phasen ein: «Erst war es zu léger, dann lief es normal, und jetzt ist alles zu hektisch.»

Ein bestimmter Tag hat sich für immer in Saners Gedächtnis eingegraben: «60 Meter freier Fall», sagt er, und es schüttelt ihn noch heute. Auf einem Kran neben seinem hatte sich das Seil verklemmt. Sein

Kollege stieg aus der Kabine und hantierte an der Trommel. Da löste sich das Seil, verpasse ihm einen Schlag, und er stürzte in die Tiefe.

Lieber erinnert sich Saner an die guten Tage. So wie der, als er mit seinen Kollegen einen Gülleschacht betonierte. Am Morgen trieb der Bauer die Kühe aus dem Stall; eine stürzte einen steilen Hang hinunter. «Die habe ich einfach mit dem Kran herausgelupft», sagt Saner und grinst.

**DEMONSTRATION.** Diese Tage sind jetzt vorbei. Statt Schalwände füllt der Kranführer zurzeit nur noch Formulare aus: «Arbeitslosenkasse, RAV und so weiter.» Und Saner kämpft für seine Rechte. Denn die Firma hat nicht nur seit Februar keinen Lohn mehr ausbezahlt, sondern schuldet ihm zudem 90 Stunden Überzeit und knapp vier Wochen Ferien. «Für uns war klar, dass wir das so nicht hinnehmen.» Kurz nach der Kündigung organisierten er und seine Kollegen eine Demo, unterstützt von der Unia. Sie marschierten durch die Innenstadt von Arbon zum Sitz einer Bauhandelsfirma, die ebenfalls im Besitz des Firmenimperiums von Patrick Manser ist.

Die Aktion war nicht umsonst: «Beim RAV und der Unia liefen die Telefone heiss.» Viele Baufirmen hätten angeboten, Arbeiter zu übernehmen. «Gerade habe ich von einem Kollegen gehört, dass er etwas gefunden habe.» Wie Saner das halbe Jahr bis zu seiner Pensionierung überbrückt, kann er noch nicht sagen. Dass Manser die ausstehenden Löhne noch zahlt, ist wegen des Konkurses ausgeschlossen. Über Patrick Manser sagt Saner: «Man hat schon immer gemerkt, dass er in einer anderen Liga spielt als wir Bützer.»



**HOCH HINAUS:** Jeden Tag klettert Kranführer Adrian Saner an seinen Arbeitsplatz – sechzig Meter über dem Boden, ungesichert.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.  
Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianeegg@workzeitung.ch](mailto:christianeegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinciau@workzeitung.ch](mailto:patriciadinciau@workzeitung.ch); **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Manuel Frick, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch); **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, [Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch](mailto:Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, [Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch](mailto:Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch) **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.